Anhang **182.4** zum Text 182.0

# Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,
die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

*Tristan Abromeit*

Ende 2025

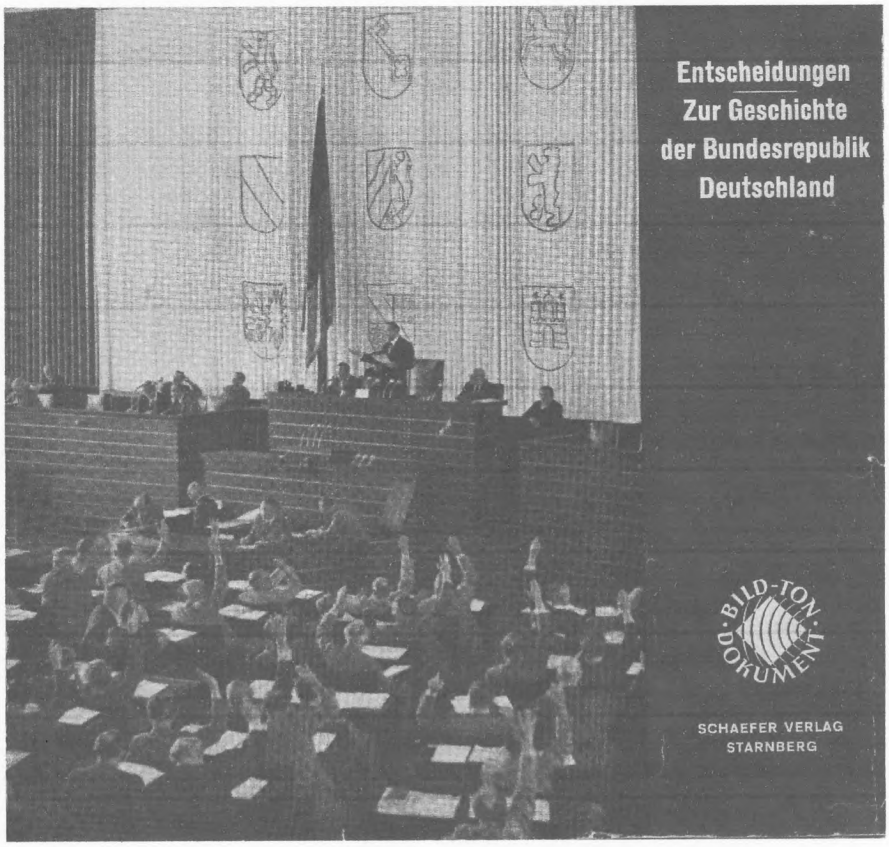
0000000000000000000000000000000000000000000000000000

## Entscheidungen zu Geschichte Der Bundesrepublik Deutschland

Emil Kroher
BpB

Umschlagseiten mit Bilder und und Links
auf der nächsten Seite.
Weitere eingefügten Bilder im Original wurden hier nicht eingefügt.[1]

1 Die vorhandene zum Text gehörende Schallplatte kann hier nicht verwertet werden.




https://de.wikipedia.org/wiki/Konrad_Adenauer
https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Schumacher

https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275841/zerstoerung-der-demokratie-1930-1933/

BILDTONDOKUMENT

ZUR ZEITGESCHICHTE
UND POLITISCHEN BILDUNG

# ENTSCHEIDUNGEN

## ZUR GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

EMIL KROHER

SCHAEFER-VERLAG STARNBERG

© 1967 by Schaefer-Verlag, Starnberg, 2. Auflage 1968. Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Berliner Freiheit 7. Redaktion: Dr. Walther Keim, Dr. Emil Kroher, Dr. Horst Schaefer. Bilder: Bildarchiv des Süddeutschen Verlags, München (19 Fotos und 2 Titelfotos). Ton: Die Tondokumente wurden vom Deutschen Rundfunkarchiv, Frankfurt, zur Verfügung gestellt, nach freundlicher Genehmigung des Deutschen Bundestags (Gesetzesdokumentation und Parlamentsarchiv). Druck und Klischees: Courier Druckhaus Ingolstadt. Die öffentliche Verwendung des Tonteils (Schallplatte) zum Zweck der politischen Bildung ist gestattet. Bei der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Berliner Freiheit 7, können Exemplare dieses BILDTONDOKUMENTS angefordert werden.

# VORWORT

Über die Geschichte der Bundesrepublik gibt es eine Reihe von hervorragenden Darstellungen. Hier war eine andere Aufgabe gestellt. Der demokratische Prozeß, der zu den wesentlichen Entscheidungen über unsere politische Wirklichkeit führte, sollte skizziert werden. Eine solche Darstellung vermag die Konflikte sichtbar zu machen, die ein Element der Demokratie sind und die den Weg der Bundesrepublik bestimmen. Konflikte aber machen Entscheidungen notwendig, die manchmal den Stempel des Kompromisses, manchmal den Stempel der Macht von Mehrheiten tragen. Beides ist in der Demokratie legitim. Da die politische Bildung sich vorrangig mit den Prozessen befaßt und mit den Möglichkeiten, sich in diese Entscheidungsprozesse einzuschalten, ist wohl diese Art der Darstellung nach thematischen Gruppen gerechtfertigt.

Auch das Tondokument soll keine akustische Illustration der Nachkriegsgeschichte liefern. Das wäre schon durch die begrenzte Abspielzeit der Platte nicht möglich gewesen. Die ausgewählten Ausschnitte sollen vielmehr – nach der Antrittsrede Theodor Heuss' als Bundespräsident – den politischen Wettstreit in einem Augenblick verdeutlichen und uns an die Dramatik des demokratischen Politik-Machens erinnern.

Uns ging es bei dieser Publikation um die Methode der Betrachtung und weniger um eine vollständige Beschreibung. Insofern könnte sie zu weiteren Auseinandersetzungen über die Alternativen demokratischer Politik anregen.

# EINLEITUNG

## I

Aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus überlebt noch immer die These, daß die Deutschen nicht zur Demokratie geeignet seien. Es wird behauptet, sie wünschten Führung, Unterordnung, absolute Autorität und absoluten Gehorsam. Die These erfuhr nur in den beiden genannten Geschichtsabschnitten verschiedene Akzente. Die unterschiedliche Interpretation ändert jedoch nichts am grundsätzlichen Zweifel.

In der Weimarer Republik war diese These von demokratischer Unfähigkeit ein Instrument des Widerstands gegen die Republik. Die Identifikation des Bürgertums mit dem Kaiserreich, das in der Niederlage von 1918 untergegangen war, blieb so stark, daß sie die Neuordnung überdauerte. Die nationale Rechte bürdete der Republik die Schuld an dem Prestigeverlust Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg ebenso auf wie die Schuld an den schweren materiellen Opfern, die Krieg und Kriegsfolgen noch bis in die Mitte der zwanziger Jahre hinein forderten.

Der Verzicht der Bürger auf die Ordnungsvorstellungen des preußisch bestimmten Kaiserreichs wurde durch das Wunschdenken erschwert, daß die Armee den Krieg nicht verlor, sondern nur durch eine Revolution um ihren Erfolg betrogen wurde. Das Zweite Reich war der Legende nach durch einen „Dolchstoß" verraten worden.

Der Wert des kaiserlichen Deutschland, der den Stolz des nationalen Bürgertums ausgemacht hatte, blieb im Bewußtsein der Rechten trotz der verheerenden Niederlage unangetastet. Sie ideologisierte die Tatsache, daß die Republik nach einem verlorenen Krieg ins Leben gerufen wurde. Für sie blieb die Republik importiert (nämlich aus England und Frankreich). Dadurch war es möglich, die Identifikation der „Deutschen" mit der Sozialstruktur des preußischen Reiches aufrechtzuerhalten. Demokratie sollte etwas Fremdes bleiben. Diese propagandistische Waffe in der Hand der Rechten wurde noch durch den Umstand geschärft, daß gerade jene Kräfte zum Träger der Republik wurden, die während des Kaiserreichs in minderberechtigter Opposition stehen mußten: die Sozialdemokratie und der politische Katholizismus. Den Sozialdemokraten warf die Rechte vor, „international" orientiert zu sein, das Zentrum war der Anschuldigung ausgesetzt, „ultramontan" zu denken, also von Rom gelenkt zu werden. Die sogenannte Weimarer Koalition stand deshalb von Anfang an einer nationalen Opposition gegenüber, die gegen die Republik

selbst kämpfte. Ebenso wie die äußerste Linke, die den Kommunismus in Deutschland errichten wollte, richteten die Nationalisten ihre Angriffe nicht gegen die Politik der Mehrheiten, sondern gegen die Demokratie, die als „undeutsch" abgelehnt wurde. „Jeder für sich, das ist englisch, alle für einen, das ist preußisch." (Moeller van den Bruck). Deutscher Nationalist sein, sollte für immer auch heißen: „antidemokratisch sein." Innerstaatliche Zwangsordnung und äußeres Machtstreben, romantisiert in Blut-und-Boden-Ideologie oder Vulgärdarwinismus, wurden somit zu den „deutschen" Idealen der nationalistischen Feinde der Demokratie. „Es handelt sich in der Geschichte um das Leben und immer nur um das Leben, die Rasse, den Triumph des Willens zur Macht, und nicht um den Sieg von Wahrheiten, Erfindungen oder Geld..." (Oswald Spengler). Die Fähigkeit der Deutschen zur Demokratie wurde von dieser nationalen Rechten mit Stolz geleugnet, als handele es sich um die Fähigkeit, aussätzig, schwach, dekadent, willenlos zu werden.

Diese Deutung des deutschen Volkscharakters als antidemokratisch wurde später, als die Nationalsozialisten die Herrschaft an sich rissen, zu einem der Fundamente ihrer Führerstaatsideologie, „... denn wir sind nicht anderen gleich, sondern wir sind Deutsche... Könnt ihr es ertragen, daß die Welt nicht vor euch bangt? Euer Stolz muß von Gott belohnt werden, mit dem Führer, der euch zu Herren macht über die weiten Länder, die eurer Herrschaft bestimmt sind." (Wilhelm Stapel).

„Das Führerprinzip des deutschen Führerstaates baut... auf völkischer Grundlage auf. Es wurzelt in der Staatsautorität des völkischen Staates, d. h. in der Gemeinschaftsethik... Nur der völkische Staat hat diese natürliche Gemeinschaftsbasis, nur in ihm gibt es deshalb echte Staatsautorität. Der Liberalismus, dem die Ganzheits- und Einheitsvorstellung von Volk und Staat fehlt, hatte deshalb auch kein Verständnis für das Wesen der Autorität, der liberale Staat ist der Idee nach immer ein ‚autoritätsloser Freiheitsstaat'. Wenn Hitler den Grundsatz des Aufbaues des deutschen Führerstaates bezeichnet hat als ‚Autorität jedes Führers nach unten und Verantwortlichkeit nach oben', so hat er damit das Wesen der echten Führerschaft umschrieben." (Otto Koellreutter).

„Erstens muß unser Volk von dem hoffnungslos wirren Internationalismus befreit und bewußt und systematisch zum fanatischen Nationalismus erzogen werden... Zweitens werden wir unser Volk, indem wir es dafür erziehen, gegen den Irrsinn

der Demokratie zu kämpfen und wieder die Notwendigkeit von Autorität und Führertum einzusehen, von dem Unsinn des Parlamentarismus fortreißen..." (Adolf Hitler).
Der Kampf der Nationalsozialisten gegen das „Parteiensystem", gegen den „Parlamentarismus" ruhte auf zwei Pfeilern: der Vorstellung vom hierarchischen Führerstaat, der die quasi-militärische Befehlsorganisation als Tradition mißbrauchte, und einem Nationalismus, der sich mit dem Urbild der preußischen Gesellschaftsstruktur identifizierte. So wurde die These untermauert, daß deutsch und demokratisch einander fremd seien.

## II.

Das Unglück, daß Deutschland nicht wie andere westliche Völker unter demokratischen Vorzeichen zur nationalstaatlichen Wirklichkeit gefunden hatte, sondern im 19. Jahrhundert erst durch eine Entscheidung der dynastischen Rivalitäten zugunsten Preußens zur Einheit kam, überschattete das Geschichtsbewußtsein der Deutschen ebenso wie es das Urteil ihrer Nachbarn prägte. Die Tradition deutschen Freiheitsbewußtseins, deutscher Ansätze zum Liberalismus, zum Rechtsstaat, zur Demokratie schienen für das Selbstverständnis verloren. Die Verfassung der freien Reichsstädte, die politischen Rechte der Landstände gegenüber den Fürsten vor dem Absolutismus waren vergessen. In Bayern z. B. hatten sich die Städte und Märkte bereits im 14. Jahrhundert einen Platz in der Ständeversammlung als „Dritter Stand" neben Adel und Geistlichkeit erkämpft. Sie verfügten über eine weitgehende Autonomie bei der Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten. Ähnlich war es in Württemberg. Seit 1457 tagte im Stuttgarter Raum ein Landtag, der sich aus der Ritterschaft sowie der „Landschaft", die die nichtadeligen Landeinwohner vertrat, zusammensetzte. Daß auch das Ausland vor den deutschen Traditionen der Freiheit Respekt erwies, bezeugt die Stanford-Universität bei San Francisco, die Ulrich von Huttens „Der Geist der Freiheit weht" als Wappenspruch wählte. Wenn sich auch im 18. und 19. Jahrhundert die liberalen Kräfte gegen Absolutismus und Restauration nicht durchsetzen konnten, so bleibt doch die deutsche Geistesgeschichte reich an großen und mutigen Geistern, die für die Freiheit kämpften. Einige deutsche Staaten erlebten auch während des 19. Jahrhunderts Verfassungsentwicklungen, die

alles andere als eine deutsche Erbanlage zur Diktatur und zum Untertanengehorsam beweisen. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, deutsche Verfassungsgeschichte zu wiederholen. Doch der hartnäckige Zweifel an der Begabung der Deutschen zur Demokratie zwingt uns zu diesem Rückblick. Der Zweifel selbst ist freilich durch historische Erinnerungen nicht auszumerzen. Der Verlauf des 20. Jahrhunderts hat ihn tief bei unseren Nachbarn und wohl auch bei uns selbst eingeprägt. Die lärmende Zustimmung zu Hitlers Führerpathos und Volksgemeinschaftsideologie in den dreißiger Jahren scheint das Mißtrauen zu rechtfertigen. Noch heute hat Deutschland einen schlechten demokratischen Leumund zu ertragen. Doch mehr noch als alle kritischen Stimmen des Auslands veranlassen uns die immer wieder auftauchenden pessimistischen Stimmen unter den Publizisten der Bundesrepublik selbst, danach zu fragen, wie es nun eigentlich mit unserer Fähigkeit zur Demokratie bestellt sei. Dabei wollen wir weniger nach Stimmungen, Meinungen und persönlichen Verhaltensweisen fragen. Wir wollen die demokratischen Prozesse untersuchen, die zu den wesentlichen Entscheidungen führten, durch die unsere heutige politische Existenz geprägt ist. Demokratie ist immer Wagnis. Sie war im Deutschland von 1945 ein doppeltes Wagnis. Wie uns heute scheinen darf, ein Wagnis, das zum Erfolg führte.

# Das Wagnis „Demokratie“ 1945

Demokratie läßt sich nicht befehlen. Demokratie läßt sich nicht mit der Militärmacht der Sieger aufrechterhalten. Demokratie läßt sich nicht importieren. Die Weltgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg bietet dafür zahlreiche Beweise. Wo Voraussetzung und Wille zur Demokratie im Lande selbst fehlen, muß jeder noch so gut gemeinte Versuch, eine demokratische Staatsform und eine demokratische Gesellschaft zu etablieren, scheitern. In Afrika, Asien und Südamerika konnten wir beobachten, wie die besten Absichten an unzureichenden Bedingungen zugrunde gingen.

So waren es auch nicht die amerikanischen und englischen Panzer, die die Demokratie nach Westdeutschland einführten. Die Niederlage der Hitler-Diktatur ermöglichte sie, aber von Anfang an wurde sie – sobald sich überhaupt die Chance bot – von deutschen politischen Kräften getragen.

Freilich war es nicht das ganze deutsche Volk, das nun stürmisch die Chance ergriff, seine politischen Ansichten und Absichten demokratisch zu artikulieren. Die Mehrheit hatte durch die Kriegskatastrophe einen schweren Schock erlitten. Sie wandte sich zunächst vom öffentlichen Leben rat- und hoffnungslos ab und konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf den täglichen Kampf um Nahrung und Obdach. Ihr „Ohne-mich“-Standpunkt war eine gefühlsmäßig verständliche Reaktion. Er stammte aus der Unsicherheit, die durch die Einsicht in die politischen Verirrungen des Nationalsozialismus und ihre Folgen ausgelöst wurde. War doch die überwiegende Mehrzahl der Deutschen zur emphatischen Zustimmung verführt worden, als die „nationale Erhebung“ um sich griff. Aber die gleichen, die 1945 mit einer totalen Abkehr vom politischen Leben reagierten, waren auch vorher keine formenden und gestaltenden Kräfte gewesen. Sie hatten vielmehr das Riesenheer der Mitläufer rekrutiert, die in persönlicher Orientierungslosigkeit auf eine Orientierung durch „Führung“ gewartet hatten. Sie warteten nun wieder. Von ihnen konnte die Erneuerung des demokratischen Lebens nicht erhofft werden.

Um so entschiedener und mutiger ging die aktive Minderheit ans Werk, Demokratie in Deutschland zu verwirklichen. Sie erkannte die Chance für Deutschland. Diese Minderheit war keineswegs klein. Sie war auch weit davon entfernt, bloß zu „kollaborieren“, wie die Beispiele der Entlassung Fritz Schäffers in Bayern und Konrad Adenauers in Köln durch die Militärbehörden zeigten. Diesen gleichen Willen zur Verwirklichung eigener Vorstellungen bewiesen ebenso die SPD und ihr Vorsitzender Kurt Schumacher im Widerstand gegen

die Alliierten während der Debatten des Parlamentarischen Rates. Die Bereitschaft der westlichen Siegermächte, Verantwortung schrittweise in deutsche Hände zurückzugeben, stieß auf die Energie politischer Persönlichkeiten, die mehr wollten, als nur ausführende Organe oder gar Strohmänner der Militärregierungen zu sein. So wurde die Vorbereitung deutscher Zukunft von Anfang an zu einem Dialog zwischen Deutschen und Alliierten.

Diese aktive Minderheit, die sich dem Wiederaufbau politischen Lebens in Deutschland verschrieb, setzte sich aus verschiedenen Gruppen zusammen.

Zu ihnen zählte zuerst die Gruppe der überlebenden Politiker aus der Weimarer Republik. Ein großer Teil unter den Führern der Sozialdemokratie war während des Dritten Reiches emigriert. Die SPD war 1933 verboten worden, ihre prominenten Mitglieder wurden mit Gefängnis und Konzentrationslager bedroht. In der Emigration wahrte die SPD jedoch ihren politischen Zusammenhalt. Deshalb konnte sie 1945 als Parteiorganisation ihre Arbeit dort wieder aufnehmen, wo sie ihr 1933 entrissen wurde. Die Emigranten vereinigten sich 1945 mit den Mitgliedern der Partei, die die nationalsozialistische Zeit in Konzentrationslagern durchlitten hatten. Unter ihnen wurde Kurt Schumacher bald zur überragenden Führungspersönlichkeit. Ollenhauer, Wortführer des Exilvorstandes der SPD in London, stand ihm zur Seite. Um die erfahrenen und erprobten Politiker, die bereits in der Weimarer Republik Profil gewonnen hatten, sammelte sich wieder der alte Mitgliederstamm: um Wilhelm Hoegner in Bayern, um Hinrich Kopf in Niedersachsen, um Max Brauer in Hamburg, um Wilhelm Kaisen in Bremen. Damit sind nur einige wenige Namen genannt. Sie hatten das Vertrauen ihrer Anhänger über die Zeit des Nationalsozialismus hinweg bewahrt, ebenso Programm und Grundsätze, Ziel und politische Vorstellungen. Diese politischen Führer der SPD waren durch die fast ein Jahrhundert alte Geschichte ihrer Partei und durch die Erfahrungen der I. Republik geprägt. Auf Grund der Unversehrtheit ihrer politischen Überzeugungen und der Geschlossenheit ihrer überlebenden Anhänger konnte sich die SPD nach dem Kriegsende mindestens in Nord- und Westdeutschland als die stärkste politische Kraft begreifen. Sie erkannte ihre Aufgabe, Demokratie in Deutschland entscheidend mitzugestalten.

Ähnlich geprägt durch die I. Republik waren die Männer einer zweiten Gruppe, die sich ebenso

berufen fühlte, auf das künftige politische Leben Deutschlands Einfluß zu nehmen. Konrad Adenauer, vormals Oberbürgermeister von Köln, Fritz Schäffer, vormals Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei, Theodor Heuss, vormals Reichstagsabgeordneter der Staatspartei und Professor an der Hochschule für Politik in Berlin, zählten zu der großen Zahl der „bürgerlichen" Politiker, deren Befähigung zu politischer Führungsrolle in der Weimarer Republik erprobt war. Sie hatten während des Dritten Reiches ihre demokratische Haltung mutig unter Beweis gestellt.

Während sich die Liberalen zu einer Partei formierten, die den politischen Prinzipien ihrer Vorläufer entsprach, standen die Politiker des ehemaligen Zentrums und der bayerischen Volkspartei vor einer weit schwierigeren Aufgabe. Die Aufspaltung der christlichen Konfessionen in verschiedene politische Gruppierungen hatte sich schon während der Weimarer Republik als verhängnisvoll erwiesen. Sie hatte an der Zersplitterung des „bürgerlichen" Lagers entscheidend mitgewirkt.

Die Erlebnisse des Krieges und der Verfolgung durch die Nationalsozialisten überbrückten jedoch die Kluft zwischen den Bekenntnissen und machten die Notwendigkeit künftiger enger Zusammenarbeit sichtbar. Deshalb versuchten die Politiker der „rechten Mitte" eine Partei neuen Charakters zu formen. Sie gründeten die Christlich Demokratische Union in Westdeutschland, in Bayern die Christlich Soziale Union. Das gemeinsame Fundament christlicher Weltanschauung führte sie zusammen. Jedoch die konkreten politischen Ziele, die Entscheidungen zur Wirtschaftspolitik, zur Sozialpolitik, zur Außenpolitik formten sich erst pragmatisch im Laufe der Jahre politischer Verantwortung.

Das „Parteiprogramm" spielte sowohl in der CDU wie in der CSU eine weit geringere Rolle als in der SPD. Das hängt wohl damit zusammen, daß die CDU im Bund, die CSU in Bayern später Gelegenheit fanden, ihre jeweiligen Zielsetzungen in Regierungserklärungen zu formulieren.

Neben den beiden schon erwähnten Gruppen von Persönlichkeiten, deren gemeinsames Kennzeichen die Weimarer Erfahrung war, wurde 1945 eine Generation von Politikern bedeutsam, die sich aus der Not der Stunde zum erstenmal zur politischen Verantwortung entschloß. Für einen großen Teil von ihnen mag das Bekenntnis Carlo Schmids gelten: „Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges habe ich selbst es versäumt, zu handeln. Ich dachte auch: ‚Mein Gott, wie ist das politische

Leben schrecklich und wie sind die Parteien doch wirklich schmutzig. Was geht es mich an? Gute Bücher lesen, einige Bücher selbst schreiben und seine Freundschaften pflegen. Das ist doch viel schöner und würdiger.' Aber in den Jahren unter dem Dritten Reich fragte ich mich: ‚Ist es wirklich nicht auch dein Fehler, daß diese Bestie die Herrschaft über Deutschland erlangt hat? Wenn du dich in deinem schönen Garten in Tübingen nicht so wohl gefühlt hättest, wenn du – und andere mit dir – auf den Markt gegangen wärest, dann wäre es ihm vielleicht nie gelungen. Und weil du es eben nicht getan hast, bist auch du schuldig, und das vielleicht mehr als so ein stupider SA-Mann, der es nicht besser versteht'."

Dieser Aufbruch deutscher Gelehrter und Akademiker zum politischen Handeln wurde zu einem wesentlichen Faktor des Neubeginns. Im Gegensatz zu Weimar traten nun zahlreiche Professoren und Publizisten eindeutig und entschlossen für die Ideale der Demokratie, für die Menschenwürde, für die Freiheit, für die Verpflichtung zur Wahrheit ein. Der Schock des Naziregimes hatte eine deutsche Elite aufgeweckt, die sich vordem allzusehr in den elfenbeinernen Turm ihrer humanistischen Gelehrsamkeit verkrochen und jene zu Unrecht verachtet hatte, die sich in die „Niederungen" politischen Handelns „hinab" begeben. Hatten die Intellektuellen während der Weimarer Republik ihre Mitwirkung zum größten Teil versagt, so bahnte sich nun ein neues Verhältnis zwischen Geist und Macht in Deutschland an. Zu jenen akademischen Lehrern, die 1945/46 zum erstenmal praktische politische Verantwortung übernahmen, gehörte auch Ludwig Erhard.

Aber auch hohe Beamte übernahmen nun politische Ämter, als die Besatzungsmächte eine deutsche Selbstverwaltung wieder zuließen. So fing beispielsweise die politische Laufbahn Hans Ehards, des späteren bayerischen Ministerpräsidenten, unter dem Eindruck der Katastrophe von 1945 an.

Ein weiteres Moment kennzeichnete den Neubeginn:

Die Christlich Demokratische Union ermöglichte in ihrer Konzeption als christliche Partei auch profilierten Protestanten ein parteipolitisches Engagement. Anders als die katholische Kirche waren vordem die evangelischen Kirchen politisch äußerst zurückhaltend gewesen. Ein Gegenstück zum katholischen Zentrum hatte es nie gegeben. Wenn auch eine Reihe von theoretischen Ansätzen bereits während der Weimarer Republik zu beobachten war, zu einer politischen Aktivi-

tät im Sinne eines parteilichen Engagements kam es nie. Jetzt aber hatte die Erfahrung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auch die evangelischen Kirchen von der Notwendigkeit öffentlichen politischen Wirkens überzeugt. Hermann Ehlers und Eugen Gerstenmaier, Gustav Heinemann und Pastor Niemöller zeugen für dieses neue Engagement des Protestantismus. Als Hermann Ehlers, der spätere Bundestagspräsident, 1946 in die CDU eintrat, folgte er dem Aufruf seiner oldenburgischen Landeskirche, der er als Oberkirchenrat diente: „Wir halten es für die Pflicht jedes Christen, sich am politischen Leben seines Volkes verantwortlich zu beteiligen. Niemand darf sein Wahlrecht versäumen, mit der Absicht, sich der politischen Verantwortung zu entziehen."

Die veränderte Haltung der evangelischen Kirche zu Staat und Autorität drückte 1949 Eugen Gerstenmaier in seiner Interpretation des Römerbriefes 13, 1—10, aus. Er begann mit der Frage: „Gehört Luther vor den Nürnberger Gerichtshof?" Er führte aus, daß diese Frage einen Sinn bekomme, wenn man sich vergegenwärtige, daß Tausende auf Leben und Tod angeklagte Deutsche die Pflicht zum Gehorsam gegen das erlassene Gesetz oder den ergangenen Befehl zum Fundament ihrer Verteidigung, zur Grundlage ihrer Rechtfertigung gemacht hätten. Denn Luther und seine Kirche haben es in jahrhundertelanger Erziehung nicht nur dem deutschen Volk in Kopf und Herz gegraben: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat." Er fährt fort: „Die staatsbürgerliche Gesinnung und Haltung der europäischen Völker ist von diesem Satz und der Geltung, die ihm besonders die lutherische Reformation verschaffte, tief bestimmt worden." Die Erfahrungen wegen der jüngsten Vergangenheit erfordern jedoch eine präzisere Ausdeutung, ein genaueres Verständnis des Gemeinten. „Von uns Christen ist vielmehr eine höchst persönliche Stellungnahme zum Staat gefordert. So will es der Apostel. Er heißt uns die Funktionen des Staatsbürgers ausüben und ernst nehmen... Der Apostel will nicht einfach unseren äußeren Gehorsam im Staat, sondern er will unsere Mitverantwortung, unsere innere persönliche Stellungnahme und Anteilnahme an der staatlichen Ordnung, er will unsere Liebe, und das heißt, er will auch unsere Gewissensentscheidung zu staatlichen Geboten und Befehlen." Diese Interpreta-

tion Gerstenmaiers löste zwar nicht erst das politische Engagement der evangelischen Christen aus, sie war jedoch Ausdruck ihres gewandelten Verhältnisses zur Politik.

Über die Mannschaft erfahrener Politiker aus der Weimarer Republik hinaus formte sich so im Nachkriegsdeutschland eine neue politische Elite. Die Situation des Neuanfangs und das Erlebnis der Zwangsherrschaft und des Krieges hatten neue Kräfte geweckt. Dabei sollen auch die zahlreichen „jungen Anfänger" der Politik nicht vergessen werden, die sich gleich nach der Rückkehr aus dem Kriege engagierten. Unter den jüngeren Kriegsteilnehmern fanden sich Männer, die trotz der zurückliegenden Erfahrung oder gerade wegen dieser sich entschlossen den künftigen Aufgaben verschrieben. Sie sollten ein wesentliches Element der Parteipolitik schon während der fünfziger Jahre werden. Zu ihnen zählen (um nur einige Namen zu nennen) u. a. Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß, Rainer Barzel, der zu früh verstorbene Döring und viele mehr.

Diesen aktiven Politikern aus allen Lagern stand eine äußerst rege publizistische Wirksamkeit zur Seite, die die Wandlung des politischen Geistes in Deutschland widerspiegelte. Eine große Zahl von Zeitschriften wurde gegründet, die allesamt aus dem Mut zum Neubeginn geboren waren. Ihre Titel verrieten das Programm: „Ende und Anfang", „Die Wandlung", „Der Ruf", „Die Gegenwart" usw. Für die 1945 erscheinende Wandlung schrieb der Philosoph Karl Jaspers ein Geleitwort. Er sprach darin die Hoffnung auf die Zukunft in einer Weise aus, wie sie für viele Zeitgenossen galt: „Aber aus der Verwerfung des Bösen und aus der Freiheit des einzelnen ist noch kein Leben möglich. Der einzelne ist er selbst nur, wenn auch der andere er selbst ist. Freiheit ist nur in dem Maße, als alle frei sind.

Miteinander bauen wir nicht nur die Welt unseres materiellen Daseins, sondern den Geist und die Sitte unserer Gesellschaft. Auch der Staat, auch die Ordnung der Millionen beginnt in den einzelnen. Aber der einzelne ist machtlos. Er bedarf des öffentlichen Geistes, der ihn trägt. Dieser Geist ist unser aller Verantwortung. Wir wollen in öffentlichen Diskussionen uns der Bindungen bewußt werden, aus denen wir leben."

Die Entscheidung für die Demokratie war gefallen, noch ehe sich die Institutionen stabilisieren konnten. Sie war gefallen durch die aktive Minderheit, die geistig und politisch die Führung übernahm, wie es zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften geschah. Als sie sich zu politischer

Kraft formierte, ging es nicht darum, Befehle von Besatzungsmächten auszuführen, sondern ihnen schrittweise Macht und Verantwortung aus den Händen zu nehmen, um die eigenen Vorstellungen einer Demokratie in Deutschland zu verwirklichen. Auf dem Hintergrund der Zerstörung, auf dem Hintergrund einer demoralisierten Mehrheit der Bevölkerung, die sich gleichwohl nach rechtsstaatlicher Sicherheit sehnte — aber auch nach materieller Besserstellung —, auf dem Hintergrund der Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre, war dieser Neubeginn ein äußerstes Wagnis. Es wurde getragen und verantwortet von den Männern und Frauen, die die neugewonnene Freiheit zum Wohle Deutschlands zu nutzen gedachten.
Sie waren einer ganzen Reihe von Gefahren ausgesetzt. Sie konnten an dem Mißmut der Bevölkerung scheitern. Sie konnten als Kollaborateure verschrien und verachtet werden. Sie konnten den politischen Abenteurern, die es 1945 gab, unterliegen. Deutschland war nach den Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisch unberechenbar geworden. Die Weimarer Republik war u. a. an der reaktionären Haltung eines Teils der Bevölkerung gescheitert. Demokratie hatte keinen guten Ruf. Zunächst war sie nichts als der einzige Ausweg aus der Misere der Niederlage. Erst rückblickend erkennen wir den Mut jener Männer und Frauen, die in Deutschland an die Möglichkeiten der Demokratie glaubten. Ihnen haben wir den Wiederaufstieg in der Achtung der freien Völker zu danken.
Das Wagnis „Demokratie" hatte begonnen in einer Zeit, da sich in den traditionellen Demokratien eher Skepsis als Optimismus gegenüber ihren Institutionen verbreitete. Es hatte begonnen in einer Zeit, in der die Weltmacht Kommunismus, als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen, stärker erschien als je zuvor.

tion Gerstenmaiers löste zwar nicht erst das politische Engagement der evangelischen Christen aus, sie war jedoch Ausdruck ihres gewandelten Verhältnisses zur Politik.

Über die Mannschaft erfahrener Politiker aus der Weimarer Republik hinaus formte sich so im Nachkriegsdeutschland eine neue politische Elite. Die Situation des Neuanfangs und das Erlebnis der Zwangsherrschaft und des Krieges hatten neue Kräfte geweckt. Dabei sollen auch die zahlreichen „jungen Anfänger" der Politik nicht vergessen werden, die sich gleich nach der Rückkehr aus dem Kriege engagierten. Unter den jüngeren Kriegsteilnehmern fanden sich Männer, die trotz der zurückliegenden Erfahrung oder gerade wegen dieser sich entschlossen den künftigen Aufgaben verschrieben. Sie sollten ein wesentliches Element der Parteipolitik schon während der fünfziger Jahre werden. Zu ihnen zählen (um nur einige Namen zu nennen) u. a. Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß, Rainer Barzel, der zu früh verstorbene Döring und viele mehr.

Diesen aktiven Politikern aus allen Lagern stand eine äußerst rege publizistische Wirksamkeit zur Seite, die die Wandlung des politischen Geistes in Deutschland widerspiegelte. Eine große Zahl von Zeitschriften wurde gegründet, die allesamt aus dem Mut zum Neubeginn geboren waren. Ihre Titel verrieten das Programm: „Ende und Anfang", „Die Wandlung", „Der Ruf", „Die Gegenwart" usw. Für die 1945 erscheinende Wandlung schrieb der Philosoph Karl Jaspers ein Geleitwort. Er sprach darin die Hoffnung auf die Zukunft in einer Weise aus, wie sie für viele Zeitgenossen galt: „Aber aus der Verwerfung des Bösen und aus der Freiheit des einzelnen ist noch kein Leben möglich. Der einzelne ist er selbst nur, wenn auch der andere er selbst ist. Freiheit ist nur in dem Maße, als alle frei sind.

Miteinander bauen wir nicht nur die Welt unseres materiellen Daseins, sondern den Geist und die Sitte unserer Gesellschaft. Auch der Staat, auch die Ordnung der Millionen beginnt in den einzelnen. Aber der einzelne ist machtlos. Er bedarf des öffentlichen Geistes, der ihn trägt. Dieser Geist ist unser aller Verantwortung. Wir wollen in öffentlichen Diskussionen uns der Bindungen bewußt werden, aus denen wir leben."

Die Entscheidung für die Demokratie war gefallen, noch ehe sich die Institutionen stabilisieren konnten. Sie war gefallen durch die aktive Minderheit, die geistig und politisch die Führung übernahm, wie es zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften geschah. Als sie sich zu politischer

# Entscheidung für den „Föderalismus“

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat. Um seine Gestalt, um die Verteilung von Macht und Zuständigkeiten zwischen den bestehenden Ländern und dem künftigen Bund, entbrannte noch vor der Gründung der Bundesrepublik eine heftige Diskussion. Sie ist heute noch nicht abgeschlossen. Die praktische Politik und ihre Probleme und die Machtstruktur der Verwaltungen in Bund und Ländern wirkten im Laufe der Jahre auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Bonn und den Landeshauptstädten ein. So wurde die Machtverteilung im modernen Föderalismus in der Auseinandersetzung mit dem zentralistischen Sog der Industriegesellschaft zu einer der schwierigsten Aufgaben moderner Innenpolitik. Selbst in den USA, einem klassischen Land des demokratischen Föderalismus, beklagen die Föderalisten die zunehmende Macht der Zentrale Washington über die Einzelstaaten und das zerstörende Eindringen immer größerer Bundeskompetenzen in die Autonomie der Staaten.

In der Bundesrepublik geben vor allem zwei Bereiche der Politik dringenden Anlaß, die föderalistische Struktur erneut zu überdenken: die Bildungs- und Wissenschaftspolitik einerseits und die Finanzpolitik andererseits. Im Februar 1966 veröffentlichte eine Kommission für die Finanzreform ein Gutachten, dessen Vorschläge tief in die bestehende Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern eingreifen könnten, wenn sie verwirklicht werden sollten. In der Einleitung zur Zusammenfassung ihrer Ergebnisse schrieben die Gutachter:

> „Hierbei verfolgen die Vorschläge des Gutachtens das Ziel, die bundesstaatliche Ordnung in ihrem Bestande zu erhalten, aber den Anforderungen der modernen, international verflochtenen Industriegesellschaft anzupassen. Leitidee ist der ‚kooperative Föderalismus‘, der die erwünschte Vielfalt mit der notwendigen Einheit der bundesstaatlichen Kräfte zum Wohle des Ganzen und seiner Teile verbindet.“

Über die Praxis, die sich seit der Verabschiedung des Grundgesetzes pragmatisch entwickelte, meinen die Experten: „Die starre Aufgabenteilung, die ehedem das Verhältnis von Gesamtstaat und Gliedstaaten, aber auch der Gliedstaaten untereinander kennzeichnete, wird heute in wichtigen Bereichen durch vielfältige Formen der Kooperation ergänzt. Auf diese Weise werden wichtige Staatsaufgaben in den verschiedensten Formen und Gestaltungen abgestimmt und gemeinsam durchgeführt, ohne daß in allen Fällen die verfas-

sungsrechtliche Grundlage und finanzielle Sicherung vorhanden wäre...
(Deshalb)
...soll eine neue Verfassungsvorschrift die Möglichkeit eröffnen, durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates bestimmte Aufgaben, die bisher in die Zuständigkeit der Länder fielen, zu Gemeinschaftsaufgaben zu machen."
Einem entschiedenen Föderalisten regt sich dabei der vielleicht voreilige Verdacht, daß hinter diesen Vorschlägen, wenn schon nicht als verfassungsrechtliche bewußte Absicht, so doch als zwingende praktische Konsequenz die Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den Gliedern steht. Dieser Verdacht bedingt sicher auch die Hartnäckigkeit des Konflikts um eine Finanzreform.
Die Vorstellung, daß die Zentrale weisungsmächtig sein müsse, ist nämlich nicht neu und findet ihre Begründung keineswegs allein in der „modernen Industriegesellschaft". Sie stammt aus dem Absolutismus, der sich mit dem mechanischen Denken des frühen Rationalismus verbündete und den Staat als wohlfunktionierende Maschine begreifen wollte. Die Französische Revolution und ihre Ideologie der volonté générale fügte einen weiteren dogmatischen Gesichtspunkt hinzu, der schließlich eine materialistische Gerechtigkeit über die schöpferische Freiheit des einzelnen und der kleinen Gesellschaft stellte.
So sehr auch die „Zentralisten" und „Unitaristen" Argumente benutzen, die sich scheinbar logisch aus organisatorischen Notwendigkeiten ergeben, so wenig wird ihnen meist bewußt, daß auch hinter ihren Thesen Ideologien und eine sehr bestimmte Sozial-Anthropologie stehen. Um es kurz zu machen: Entscheidend in dieser Frage ist auch, inwieweit man das Risiko der Unzulänglichkeit menschlichen Handelns als Wesensmerkmal der aktiven Freiheit anzunehmen bereit ist oder es durch organisatorische Überordnungen einschränken zu müssen glaubt.
Die Gegenposition zum zentralistischen Perfektionsstreben in Staat und Gesellschaft spiegelt sich zum Beispiel in der Erklärung Papst Pius XI. (Enzyklika „Quadrogesimo anno") wider, wo er das Subsidiaritätsprinzip verdeutlicht: „Ebenso ist es eine Ungerechtigkeit und zugleich eine schwere Verletzung und Störung der echten Ordnung, wenn Aufgaben, die von kleineren und untergeordneten Gemeinschaften bewältigt werden können, von höheren und übergeordneten Gesellschaften in Anspruch genommen werden. Denn jede soziale Leistung soll ihrem Sinn und Wesen nach ein Dienst an den Gliedern des sozialen Körpers

sein, niemals aber sie zerschlagen oder ganz aufsaugen."

Natürlich erhebt sich auch hier die Frage, ob die kleineren Gemeinschaften heute tatsächlich in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Zentralisten meinen Nein, die Föderalisten Ja, vorausgesetzt, die Zentrale beläßt ihnen die Mittel dazu. So wirkt sich praktisch und im Einzelfall die grundsätzliche Vorentscheidung für und gegen das Ordnungsprinzip des Föderalismus immer wieder auf die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Staatsorgane aus. Selbstverständlich sind z. B. die Gemeinden nicht in der Lage, ohne staatliche Zuschüsse ihre Aufgaben zu erfüllen – wenn man zuvor ihre Einnahmequellen vermindert, und selbstverständlich können die Länder z. B. ihrer Kulturhoheit nur dann gerecht werden, wenn die Verteilung der Steuereinkommen ihre Möglichkeiten der Bildungspolitik nicht allzusehr beschränkt. Die Leistungsfähigkeit der Glieder und damit die Wirksamkeit des „Subsidiaritätsprinzips", das in der Enzyklika gekennzeichnet wurde, hängt also von der prinzipiellen Entscheidung ab, wie Zentrale und Glieder ausgestattet werden.

Wenn heute noch die Länder um ihre Kompetenzen und der Bund um die Abrundung seiner zentralen Ordnungsmacht kämpfen, so spiegelt sich darin ein demokratischer Prozeß, der 1949 nur vorläufig zum Abschluß gekommen war. In der Auseinandersetzung um die föderalistische Struktur, um die vertikale Gewaltenteilung, um die staatliche Teilsouveränität der Gliedstaaten wird nochmals das Ringen um die Staatsform deutlich, das ein Zentralthema deutscher Geschichte zu sein scheint. Um so interessanter ist es, die Entwicklung zu verfolgen, die zu der Entscheidung im Grundgesetz führte.

Die föderalistische Struktur der Bundesrepublik ist nicht das Ergebnis der Intervention der Alliierten. Sicher haben die Amerikaner ihren Einfluß geltend gemacht und ihre eigene Tradition als Bundesstaat als Vorbild angeboten. Tatsächlich haben auch die Franzosen die Zuständigkeit der Bundesgewalt eingeschränkt wissen wollen, wenngleich aus anderen Gründen als die Amerikaner. Sie fürchteten einen allzu starken Nachbarn, der ihnen den Führungsanspruch in Europa streitig machen könnte. Hinzu kamen die Erfahrungen aus drei Kriegen mit Deutschland, in denen Frankreich zum Schlachtfeld wurde. Es ist auch richtig, daß die Forderungen der Besatzungsmächte weiter gingen, als der Parlamentarische Rat akzeptieren konnte. Daran wäre im letzten Stadium beinahe

die Arbeit am Grundgesetz gescheitert. Doch die Auseinandersetzung um die bundesstaatliche Struktur hatte ihre innerdeutschen Wurzeln. Der Föderalismus entsprach einer geschichtlichen deutschen Staatsauffassung, die vor allem im Süden des Landes vorherrschte. Ihre Vertreter nutzten die Unterstützung der amerikanischen und französischen Besatzungsmächte. Ihnen gegenüber standen ebenso innerdeutsche politische Vorstellungen, die dem Zentralismus anhingen. Sie waren vor allem im Norden beheimatet und konnten mindestens mit einer Duldung der Engländer rechnen.

Beide Seiten bedienten sich einer geschichtsbezogenen Argumentation. Einer der Schwerpunkte des Verfassungsdenkens nach dem Kriege war ja notwendigerweise die Aufgabe, die Katastrophe der Weimarer Republik zu vermeiden. In diesem Zusammenhang glaubte die SPD in einem „bayerischen Partikularismus" die Schuld für das Aufkommen Hitlers entdecken zu können, während wiederum die bayerische CSU den Standpunkt vertrat, daß nur der Zentralismus Weimars und seiner Parteien die Machtergreifung möglich machte.

Die Reaktion auf den Nationalsozialismus drängte allerdings das theoretische Planen zur Wiederbelebung des Föderalismus. Der längst vergessene katholische Theoretiker Konstantin Frantz, ehemals erbitterter Gegner des Bismarckreiches, wurde wieder entdeckt. Die aus dem Ordnungsdenken des „sacrum imperium" (des Heiligen Römischen Reiches) stammenden Ideen des Universalismus und Föderalismus im Gegensatz zum Nationalsozialismus erfuhren ihre Renaissance. Der Verfassungsrechtler Franz W. Jerusalem beschrieb in seiner Schrift: „Die Staatsidee des Föderalismus" die bundesstaatliche Tradition als wirksame deutsche Überlieferung, die bis ins Mittelalter zurückreiche.

Diese Auffassungen, in denen sich die Forderungen nach einer vertikalen Gewaltenteilung als Schutz gegen Diktaturen mit dem Gedanken der Subsidiarität verbanden, wurden vor allem von der süddeutschen CDU und CSU politisch getragen. Diese Lokalisierung traf zugleich mit der Tatsache zusammen, daß die föderalistisch gesonnenen Amerikaner den Süden besetzt hielten. Dadurch wurde die politische Stoßkraft der Föderalisten verstärkt. Das Eintreten für den Föderalismus war allerdings gelegentlich mit einigen Argumenten gewürzt, die eher einer romantischen Gesellschaftsidee entsprachen als den Erfordernissen eines modernen Industriestaates. So

glaubte man mit dem Föderalismus den Gefahren der Vermassung und des Kollektivismus begegnen zu können, die ja seit Jacob Burckhardts pessimistischer Zukunftsvision scheinbar „das Ende aller Sicherheit" bedeuten. Schließlich berief man sich auch auf James Madison, den amerikanischen Staatsdenker des 18. Jahrhunderts, der im Föderalismus eine Barriere gegen die Allmacht der Parteien sah, womit das „romantische" Mißtrauen gegen die Parteien in die Diskussion eingeführt wurde.

Die zentralistische Gegenposition wurde von der SPD und der FDP vertreten. Stärker als bei den anderen Parteien verteidigten sie die Rousseausche Konzeption der volonté générale des ganzen Volkes als Grundlage staatlicher Autorität. Deshalb wollten sie auch nur eine Verfassung akzeptieren, die gleichsam das Ergebnis eines Willensaktes des ganzen Volkes war und sich nicht auf eine Vereinbarung der Länder, einen Vertrag der Gliedstaaten stützte. Insofern sollte die Gliederung des Staates von oben nach unten erfolgen und nicht etwa auf einer ursprünglichen Souveränität der Glieder beruhen, die im Verfassungsakt Teile ihrer ursprünglichen Souveränität an einen Bund abgeben.

Diese sehr theoretisch klingenden Grundsätze hatten praktische Auswirkungen und haben sie heute noch. Auf dem Parteitag der SPD von 1948 erklärte Carlo Schmid: „Die Länder werden, so wie sie heute sind, von uns nicht anerkannt: Die meisten von ihnen sind reine Zufallsgebilde, und es erscheint uns wirklich komisch, daß man solche Zufallsgebilde zu ‚originären' konstitutiven Faktoren der künftigen deutschen politischen Wirklichkeit machen möchte." Einen ähnlichen Standpunkt vertrat Theodor Heuss als Sprecher der FDP.

Der Glaube an die Allmacht der verfassunggebenden Gewalt des ganzen Volkes als eine Einheit verband die beiden Parteien. Andere Gesichtspunkte trennten sie in der Frage des Föderalismus. Die SPD war zu diesem Zeitpunkt überzeugt, daß die Wirtschaft nur durch eine zentrale Wirtschaftsplanung gesunden könnte. Dieser zentralen Wirtschaftsplanung stand eine zu starke Eigenständigkeit der Länder entgegen. Zur Wirtschaftsplanung gehört aber auch eine unumschränkte Hoheit der Zentralorgane über die Finanzpolitik, die Steuerpolitik, die Ernährungspolitik und die Sozialpolitik.

Die scharfe Abgrenzung beider Positionen gegenüber dem Föderalismus wird wohl in folgenden Zitaten deutlich. Bei der Ausarbeitung einer

bayerischen Verfassung war ein Artikel 178 in den Entwurf aufgenommen, der lautete:
„Bayern wird einem künftigen deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten. Er soll auf einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten beruhen, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist." Dieser Entwurf verfiel dem Einspruch der Amerikaner, sie wollten keinen Vorgriff auf eine künftige deutsche Entwicklung. Etwa zur gleichen Zeit erklärte Schumacher, der führende Sprecher der SPD:
„Vom Föderalismus ist es nur ein kleiner Schritt bis zum Partikularismus, und ich habe schon so manchen Partikularisten im Separatismus untergehen gesehen."
Doch auch innerhalb der CDU gingen die Vorstellungen auseinander. Während die CDU der französischen und amerikanischen Besatzungszone, also der süddeutschen Regionen, schon innerhalb der Partei eine relative Autonomie der Landesorganisationen verteidigte, strebten Adenauer und die CDU der britischen Zone eine zentralisierte Organisation an.
Ähnlich mußte sich die bayerische SPD unter Wilhelm Hoegner gegen den Verdacht der Parteizentrale schützen, daß sie mit der Gründung einer Landesorganisation ebenso eigene Wege gehen wolle wie die CSU gegenüber der CDU. Die bayerische SPD mußte auf ihrem Parteitag in Erlangen erklären:
„1. Die bayerischen Sozialdemokraten sind vorbehaltlos für die Reichspartei"... „4. Um keinen Zweifel über den einheitlichen Willen der Partei aufkommen zu lassen, schlagen die bayerischen Sozialdemokraten den Genossen Wilhelm Hoegner als Mitglied zum Reichs-Partei-Vorstand vor."
Anläßlich der Vorberatungen zum Grundgesetz tauchten neue Probleme auf. 1948/49 hatten die meisten Länder bereits ein tragfähiges Verfassungsleben entwickelt. Dies führte zwangsläufig zu der Neigung der Länder, an diesem Fundament festzuhalten. Dabei spielte es keine Rolle, ob eine sozialdemokratische oder eine christlich-demokratische Landesregierung die Macht ausübte. Die bereits etablierten Länderregierungen und die Länderbürokratien waren eine politische Realität, die verfassungsstiftende Souveränität des Volkes ein Ideal.

Das Ringen um einen demokratischen Kompromiß in dieser Frage konzentrierte sich in den Ausschüssen des parlamentarischen Rates auf folgende Punkte:

1. Die Formulierung der Präambel.

2. Die Konzeption und Machtkompetenz des Bundesrats.

3. Die Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern.

4. Die Finanzstruktur.

Der vorbereitende Ausschuß in Herrenchiemsee hatte zwei Formulierungen zur Präambel verarbeitet. Die SPD wollte geschrieben wissen: „Das deutsche Volk in den Ländern... verkündet... das folgende Grundgesetz..."
Die Föderalisten bestanden auf der Formulierung: „Die Länder... errichten hiermit einen föderalistischen Zusammenschluß..."
In der Frage der verfassunggebenden Souveränität des Volkes unterlagen die Föderalisten. Die endgültige Fassung lautet: „...hat das deutsche Volk in den Ländern... kraft seiner verfassunggebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen."
Daraufhin konzentrierte sich die Diskussion auf Zusammensetzung und Funktion einer „Zweiten Kammer", die neben dem Bundestag geschaffen werden sollte. Für diese „Zweite Kammer" gab es zwei Möglichkeiten. Nach dem amerikanischen Vorbild konnte ein Senat geschaffen werden, in dem direkt gewählte Senatoren zwar die Länderinteressen vertreten, jedoch unabhängig von den Länderregierungen ein einheitliches Bundesorgan bilden. Demgegenüber verfolgte die Konzeption eines Bundesrates das Ziel, die Länder mit ihren verfassungsmäßig gewählten Landesregierungen an der Gesetzgebung des Bundes zu beteiligen. Diese zweite Konzeption war zweifellos dazu bestimmt, Macht und Rechte der Länder zu stärken. Während nämlich die Länderregierungen Einfluß auf die Politik des Bundes ausüben konnten, hatten die Bundesorgane keine direkte Einwirkungsmöglichkeit auf die Politik der Länder dort, wo keine Gesetzgebungskompetenz des Bundes bestand.
Die Positionen waren hart umkämpft. Die Gegensätze prallten um so heftiger aufeinander, als die Länderregierungen von den Beratungen des parlamentarischen Rats ausgeschlossen waren und sich dadurch zurückgesetzt fühlten. Schließlich gelang jedoch dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Ehard in einem Kompromiß die Durchsetzung des Bundesrates.
In der Folgezeit blieb der Kampf um die föderalistische Struktur Thema der Verfassungspolitik. Er entzündete sich vor allem an der Kulturpolitik. Demgegenüber blieb die Auseinandersetzung um

die Finanzstruktur in der öffentlichen Diskussion so lange im Hintergrund, wie in der Aufbauzeit der Wirtschaft auch der Staat mit einem ständigen Wachstum seiner Steuerkraft rechnen konnte. Die Verfassungsänderung von 1955 und die ständigen Kämpfe zwischen Bund und Ländern um die Steueranteile drangen kaum an die Öffentlichkeit, wurden jedenfalls nicht als aufregend notiert. Erst in den letzten Jahren, als die Haushalte an den Rand des Defizits gerieten, konzentrierte sich der Streit auch auf die Finanzreform. Hierbei stehen sich nicht die Parteien, sondern die Bundesorgane und die Länderorgane gegenüber. Die Finanzhoheit der Länder, die diese befugt, ihre Steuereinnahmen unabhängig zu verwalten, kann einen Widerstand gegenüber zentralen Maßnahmen zur Währungs- und Konjunkturpolitik aufbauen. Der Bund möchte mehr Macht in der Finanzpolitik gewinnen. Die Länder dagegen sehen gerade darin das Fundament des Föderalismus bedroht. Denn ohne Verfügungsgewalt über Haushaltsmittel ist jede Souveränität nur Illusion.

# Entscheidung für den Parteienstaat

Eine Entscheidung mußte für die künftige Existenz eines demokratischen Staates in Deutschland den Ausschlag geben, dessen waren sich alle Verantwortlichen bewußt: Die Entscheidung der Bürger für oder gegen die demokratischen Parteien. Alle vorausschauenden Formulierungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen konnten die Demokratie nicht sichern, wenn der Bürger den Parteien sein Vertrauen versagte und damit den Prozeß der Willensbildung unmöglich machte. Die Erfahrungen der Weimarer Republik hatten Skepsis gelehrt. Damals traten auch politische Gruppen auf, die sich zwar „Parteien" nannten, aber den Parteienstaat zerstören wollten. Zu diesen Gruppen waren nicht nur die Nationalsozialisten und die Kommunisten zu rechnen. Auch diejenigen politischen Gruppierungen, die sich der Restauration des untergegangenen Kaiserreichs verschrieben hatten oder die einer Diktatur den Vorrang gaben, mußten dazugezählt werden.

Das Parteienbild der ersten Republik von 1918 bis 1933 spiegelte die innere Unsicherheit der deutschen Bürger gegenüber der Demokratie und ihren Formen der Machtbildung wider. Die Zersplitterung der Meinungen, Weltanschauungen und Interessen verhinderte eine klare Willensbildung, verhinderte eindeutig politische Entscheidungen. Die Parteien und ihre Politiker unterlagen dem Vorurteil der Bürger, egoistisch, geltungs- und streitsüchtig, kleinlich und engstirnig zu sein. Der verleumderische begriffliche Gegensatz zwischen sogenannter Parteipolitik und sogenannter Staatspolitik kennzeichnete die Hilflosigkeit der Bildungsbürger gegenüber dem Parteienstaat. Noch 1954 bringt Trübners Deutsches Wörterbuch (5. Band, S. 56 Sp. 2 f.) darüber folgenden Artikel: „Wie seelenfremd dieses 1933 abgetane Parteigetriebe dem Deutschen ist, der es mit dem guten Wort ‚Das Vaterland, nicht die Partei' überwindet, lehrt eine Auslese aus den Zusammensetzungen:

Parteibann, -bonze, -brille, -buchbeamter, -bürokratie, -despotismus, -dogma, -doktrin, -fanatiker, -funktionär, -gerede, -gezänke, -günstling, -hader, -haß, -interesse, -kampf, -klüngel, -krippe, -löwe, -maschine, -misere, -papst, -pferch, -schablone, -schwätzer, -sucht, -terror, -wirtschaft, -wut, -zwist. Junker-, Kriegs-, Splitter-, Umsturzpartei. Auch die Abteilungen parteilich, parteiisch und Parteiung haben gehässigen Klang."

Das Wagnis der Demokratie nach dem Krieg konnte also nur gelingen, wenn sich einerseits Parteien formierten, die das Vertrauen und die Mitarbeit einer breiten Mehrheit gewinnen konn-

ten, und wenn sich andererseits die Bürger klar für die Führungsrolle der Parteien aussprachen.
Gleich nach dem Kriege versuchten zunächst die Alliierten die Parteienentwicklung durch Lizenzen zu steuern. Dabei ging es ihnen offensichtlich nicht nur um die Ausschaltung rechtsradikaler Möglichkeiten (gegen die kommunistische Partei waren sie ungewöhnlich großzügig), sondern vielmehr darum, die Parteien zur machtpolitischen Grundlage des späteren Verfassungssystems zu machen. Ihr Ziel war, die politische Willensbildung von Anfang an über integrationsfähige Parteien zu lenken. Dadurch sollte eine Vereinigung der staatstragenden Kräfte im Sinne einer Demokratie gefördert werden.
Aus dem Kriege gingen praktisch jedoch nur zwei große politische Gruppen relativ unversehrt hervor. Die Sozialdemokratie hatte während der Hitler-Zeit ihre ethische Substanz und ihre demokratische Glaubwürdigkeit bewahren können. Ihre Führer waren zum größeren Teil emigriert. Tausende von Sozialdemokraten litten und starben in Konzentrationslagern. Die Arbeiterschaft hatte entscheidenden Anteil an dem inneren Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime. Das inzwischen schon legendäre „Nein" des Abgeordneten Wels zum Ermächtigungsgesetz im März 1933 hatte die demokratische Zuverlässigkeit und Standfestigkeit der Sozialdemokratie im öffentlichen Bewußtsein verankert. Die SPD hatte sich bereits während der Weimarer Republik eindeutig von den Kommunisten abgesetzt. Weder eine „Volksfront" noch die „Diktatur des Proletariats" gehörten zum Gedankengut dieser Partei. Nicht einmal während der Exiljahre war es zu einem Votum für die Verschmelzung mit den „sozialistischen Brüdern" auf der äußersten Linken gekommen. Als entscheidende Gründerpartei der Weimarer Republik stand sie auch nach dem Zweiten Weltkrieg an erster Stelle der möglichen Träger demokratischer Willensbildung. Den Führungswillen seiner Partei hatte Dr. Kurt Schumacher klar ausgedrückt: „Ich sage ganz eindeutig: das Ziel einer politischen demokratischen Massenpartei ist die Eroberung der Staatsgewalt . . . Eine Partei, die aus den Interessen der Massen, die sie vertritt, und aus der eigenen Idee, wenn sie ihr nicht untreu werden will, immer wieder den Versuch macht, die Welt zu verändern und sie nicht bloß alle Tage mit einigen anderen Redensarten anders zu interpretieren, kann in eine Regierungsfunktion in einem neu aufkommenden Staatswesen nur eintreten als stärkste und am meisten maßgebende Partei."

Auch die Legitimierung der CDU und der CSU für eine demokratische Führungsaufgabe basierte auf den Erfahrungen des Dritten Reiches. Vor allem in der späteren Entwicklung der nationalsozialistischen Herrschaft hatten die katholische Kirche mit ihren Gläubigen und die „bekennende Kirche" der Protestanten Stellung gegen Hitler bezogen. Neben den sozialistisch beherrschten Großstädten hatten gerade die katholisch geprägten Gebiete des Reiches am längsten Widerstand gegen die heraufkommende nationalsozialistische Diktatur geleistet. Die Wahlergebnisse 1932 und 1933 in Bayern, im Rheinland und in Westfalen geben darüber eindeutig Auskunft.

Entscheidend für den politischen Auftrag einer „Christlichen Union" aber wurde die Neubesinnung auf moralische Grundsätze, die von den Nationalsozialisten durch einen politischen Vulgärdarwinismus verdrängt worden waren. Ethische und christliche Werte erfuhren im deutschen Volk eine intensive Neubelebung angesichts der Verbrechen der Nazis. Die Erfahrung der „Gottlosigkeit" der Nazis verursachte eine von Schuldgefühlen belastete Umkehr der politischen Grundeinstellung. Die ins Politische übertragene ethische Wandlung drückten zum Beispiel die Väter der bayerischen Verfassung in ihrer Präambel so aus: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat..."

Diese Wiedereinführung einer religiösen Grundlage politischen Denkens wurde so zum Fundament einer Sammlungsbewegung, die, von erfahrenen und erprobten Politikern geführt, durchaus geeignet war, sich zu einer großen politischen Partei zu formen. Die Vorbehalte gegenüber sogenannten Weltanschauungsparteien verloren angesichts der Demoralisierung Deutschlands und der nationalsozialistischen Katastrophe ihre Kraft. Die Gründung einer christlichen Partei konnte 1945 um so eher gelingen, als unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Krieges die Katholiken und Protestanten erstmals zusammenfinden und einen gemeinsamen Auftrag formulieren konnten. Dabei spielte auch ein religiös fundierter Antikommunismus besonders bei der späteren Festlegung gemeinsamer Außenpolitik eine wesentliche Rolle. Schon im August 1945 schrieb Adenauer an den Münchener Oberbürgermeister Karl Scharnagl, einen der Mitgründer der CSU: „...allein diese geplante Zusammenfassung aller auf christlicher und de-

mokratischer Grundlage stehenden Kräfte (kann) uns vor den aus dem Osten drohenden Gefahren schützen."

Während im Westen und Norden die Persönlichkeit Adenauers bald die Ansätze der Union zur politischen Wirkung konzentrierte, ging die bayerische CSU einen eigenen Weg. Der zentralistische Schrecken des Nationalsozialismus belebte die föderalistische Abstinenz der Bayern auch in der Parteigründung. Das Mißtrauen gegenüber der Gestaltungskraft der politischen Parteien saß jedoch hier tiefer. Bei der Gründung vertrat eine Gruppe um Gerhard Krote, den späteren Vorsitzenden der „Abendländischen Akademie", ständische Gedanken, die bis zur Verneinung der Demokratie reichten. Dieses ständische Denken, zu dem auch der Verfassungsrechtler Professor Nawiasky, einer der bayerischen Verfassungsväter, Wesensbeziehungen zu haben schien, schlug sich noch in der 2. Kammer des Freistaates Bayern, dem Senat, nieder, der ständisch zusammengesetzt ist. Gegenüber dieser Gruppe um Krote setzte sich aber die weit größere Gruppe südbayerischer Politiker durch, die an eine Wiedergründung der Bayerischen Volkspartei dachten. Schließlich wirkten auch die Ideen Adam Stegerwalds fort, des christlichen Gewerkschaftsführers aus Würzburg, so daß es in vager Anlehnung an die CDU zur Gründung der Christlich-Sozialen Union kam. Josef Müller, der sich im Widerstand gegen Hitler ausgezeichnet hatte und zum „liberalen" Flügel der CSU zu zählen war, wurde ihr erster Vorsitzender.

Auch eine dritte Richtung konnte Ansprüche auf eine Führungsrolle anmelden, wenn sie auch über keine gleich breite Basis verfügte: die Liberalen. Vor allem in Baden-Württemberg traditionell beheimatet, basierte der Liberalismus auf dem humanistischen Bildungsbewußtsein des emanzipierten Bürgers. Reinhold Maier und später vor allem Theodor Heuss wurden ihre Sprecher. Professor Heuss hatte sein Programm als Reichstagsabgeordneter erstmals so formuliert: „Mit Politik kann man keine Kultur machen: vielleicht kann man mit Kultur Politik machen." Diese Berufung auf den deutschen Bildungsbürger verurteilte die Liberalen von Anfang an zu einer Minderheitspartei. Alle späteren Versuche, eine „Volkspartei" zu werden, mißlangen bisher. Orientierungsversuche nach „rechts" oder nach „links" führten zu innerparteilichen Konflikten.

Neben diesen Grundkräften einer demokratischen Willensbildung erhielten auch noch andere Gruppierungen Lizenzen der Besatzungsmächte. Vor

allem aber, als der Lizenzierungszwang fiel, kam es nochmals zu einer Treibhausblüte von Parteigründungen. Es sei nur an die WAV (Wirtschaftliche Aufbauvereinigung) des Herrn Loritz, die SRP (Sozialistische Reichspartei) und den „Bund der Deutschen" erinnert. Die Strukturpolitik der westlichen Alliierten war also eindeutig auf einen Parteienstaat hin angelegt. Nur durch ihn konnte das parlamentarische Regierungssystem funktionieren. Die politischen Führungspersönlichkeiten hatten mit brauchbaren Parteigründungen geantwortet. Wie aber würde das Wählervolk darauf reagieren?

Eine reiche Literatur berichtet heute noch von einem tiefverwurzelten Antiparteieneffekt der Deutschen. Er mag für den gegenwärtigen Zeitpunkt weit übertrieben sein. Für die ersten Jahre nach dem Krieg war er aber sicherlich nur durch die bequemliche Dankbarkeit gemildert, daß sich überhaupt Männer und Frauen fanden, die der Mehrzahl Uninteressierter die politischen Geschäfte abzunehmen und Verantwortung zu tragen bereit waren. Die politische Funktion der Parteien im demokratischen Prozeß wurde jedoch gewiß nicht von allen begriffen. Sogar 1950 sprachen sich bei einer Meinungsumfrage noch etwa 30% der Bevölkerung für einen „starken Mann", das Wunschbild patriarchal orientierter Deutscher, aus. Der Traum von unpolitischen „Fachleuten" an der Spitze politischer Führung ist auch heute noch nicht ganz ausgeträumt. So wurde der Aufbau der Nachkriegsdemokratie als Parteienstaat zu einem großen Experiment, dessen Wagnis wir erst rückblickend ganz ermessen.

Die erste Bundestagswahl spiegelte das unsichere Verhalten der Wähler gegenüber den Parteien wider. Kleinstsplittergruppen errangen Sitze im Parlament, selbst drei fraktionslose Abgeordnete wurden gewählt. Über das parlamentarische Regierungssystem herrschte also Unkenntnis. Die Erinnerung an den Reichstag zur Kaiserzeit tat immer noch ihre Wirkung.

Ein Drittel des Plenarsaales war von kleinen Fraktionen besetzt. Die stärkste Fraktion, die CDU/CSU, verfügte über 139 (von 402), die SPD über 131 Sitze. Eine klare politische Willensbildung schien in Frage gestellt. Konrad Adenauer versuchte die „bürgerliche" Seite des Parlaments unter seinem entschlossenen Führungswillen zusammenzufassen. Da ihm dies gelang, auf vielfältige Weise gelang, konnte er nicht nur die durchaus denkbare Zersplitterung seiner eigenen Fraktion verhindern, sondern zugleich für spätere Wahlen eine Konzentrationsbewegung der Wäh-

ler auf seine Partei hin auslösen. Seine wenig kompromißbereite Kanzlerschaft veranlaßte den Wähler mehr und mehr, von einer bloßen Meinungsäußerung, von einem bloßen Bekenntnis politischer Anschauungen und Interessen zu einem Entscheidungsverhalten im Wahlakt überzugehen. Schon die Wahl 1953 wurde zu einer Entscheidung pro oder contra Adenauer und seine Partei. Dadurch konzentrierte sich die Wahl fortschreitend auf personelle und parteiliche Alternativen. Die CDU/CSU versammelte die Adenauerwähler auf sich, die SPD konnte die Opposition gegen die Adenauerregierung auf sich vereinigen. In diesem Polarisierungsprozeß konnte der wählende Bürger ein Verhalten einüben, das dem Sinn einer Parteiendemokratie gerecht wird. Denn nicht die Buntheit der Interessen und Meinungen in politischen Gruppen auszudrücken sind die Parteien berufen, sondern diese Vielfalt zu einer politischen Führungs- und Entscheidungsfähigkeit zu integrieren.

So zeigte sich auch konsequent eine Krise innerhalb der Parteien, als die Alternative pro oder contra Adenauer wegfiel. Das Wählerverhalten ist zwar nach wie vor auf die Entscheidung über die Regierungsmacht ausgerichtet. Durch Unsicherheiten im Willensbildungsprozeß innerhalb der Parteien könnte jedoch eines Tages eine neue Unsicherheit des Wählers ausgelöst werden. Den Nutzen würden dann nur Splitterparteien daraus ziehen, die Konsequenz wäre die Ohnmacht der parlamentarischen Regierung.

Im Parteienstaat ist der demokratische Prozeß wechselseitig bedingt. Erst eine entschiedene Haltung der Wähler selbst ermöglicht den Parteien die sachgerechte Erfüllung ihrer Führungsfunktion, wie sie im Grundgesetz Art. 21 formuliert ist. Aber andererseits ist diese entschiedene Haltung der Wähler nur möglich, wenn die Parteien tatsächlich die auseinanderstrebenden politischen Tendenzen und Interessen so weit zu integrieren vermögen, daß der Wähler eindeutig votieren kann.

Der erfolgreiche Aufbau eines Parteienstaates stand weitgehend unter dem Vorzeichen einer Alternative für oder gegen Adenauer. Die Entwicklung der inneren Struktur der Parteien selbst blieb dahinter zurück. Über das Parteiengesetz, bereits im Grundgesetz gefordert, konnte erst 18 Jahre später eine Einigung erzielt werden. Es wurde um so dringlicher, als durch das endgültige Ende der Ära Adenauer die Rolle der Parteien selbst — und nicht nur ihrer Spitzen — immer stärker ins Blickfeld rückte. Wird das Wahlrecht ein-

mal zugunsten einer Mehrheitswahl geändert, so wird sich auch die Struktur der Parteien wandeln. Die Aufgabe, einen Wahlkreis zu erobern und zu behaupten – ohne Sicherung durch die Listen –, bedingt auch eine stärkere Konzentration der Parteiarbeit auf die besonderen Bedingungen jedes Kreises. Dadurch wird sich auch das Verhältnis der Bürger zu den Parteien verändern. Der Einfluß der Wähler wird sich sicher verstärken, denn die Abhängigkeit der Kandidaten von lokalen Macht- und Meinungsstrukturen wächst. Andererseits wird der Auftrag der Parteien, die Vielfalt der Meinungen und Absichten zu gemeinsamen Zielen zusammenzufassen, schwieriger zu erfüllen sein. Die Gefahr einer Zersplitterung der Parlamente und damit eine Lähmung der Regierungsfunktionen erscheint allerdings auf diese Weise gebannt.

Die Ausgangsposition der vierziger Jahre ist verlassen. Die beiden großen Parteien sind in ihrem Programm pragmatisch geworden. Weder ein weltanschaulicher Sozialismus noch der durch Schuldbewußtsein geförderte ethische Impuls der Nachkriegsjahre besitzen noch überzeugende Wirkung. Die politischen Probleme sind differenzierter, als sie es in den frühen Jahren der Republik waren. Dadurch wurden die Anforderungen an die Integrationskraft der Parteien größer. Dem Wähler wird mehr abverlangt als je zuvor.

Leider versuchen nun die Parteien ihre Integrationsaufgaben durch emotionalisierte Werbung zu ersetzen. Die Zukunft des Parteienstaates wird jedoch davon abhängen, ob es den Parteien gelingt, den politischen Dialog mit den Wählern lebendig zu erhalten. Nur dadurch wird das Vertrauen des Bürgers in die Führungsrolle der Parteien erhalten bleiben können. Es gibt genügend positive Ansatzpunkte. Sie fordern eine entschiedene Haltung der Beteiligten. Der Wähler gibt Kredit. Das haben die letzten Wahlen bewiesen. Jetzt sind die Parteien an der Reihe.

# Entscheidung für die Wiederbewaffnung

Im April 1954 veröffentlichte die Zeitschrift „Deutsche Jugend" einen Leitartikel, der die komplizierte geistige Situation der Deutschen angesichts der Wiederbewaffnung treffend kennzeichnete:
„Hat man etwa je schon bei einer Vollversammlung des Bundesjugendringes oder bei einer anderen demokratischen Organisation ein so großes Aufgebot politischer Prominenz gesehen, wie es sich zur Vertreterversammlung des Verbandes der Deutschen Soldaten Mitte März in Bonn einfand: der Bundestagspräsident, drei Bundesminister, zwei Ministerpräsidenten und zahlreiche Bundestagsabgeordnete aus allen Parteien.
Daß manche dieser hohen Gäste bei ihren Reden sich ausschließlich des kameradschaftlichen ‚wir Soldaten' bedienen, damit mag man sich abfinden. Bedenklich aber ist, daß fast durch alle Reden dieser führenden Politiker eine Tendenz spürbar war, die man etwa auf die Formel bringen kann: Schluß mit der Kritik am deutschen Militär, positive Würdigung des deutschen Soldatentums! —
Ist also auch der Deutsche Bundesjugendring nur einer böswilligen Hetze gegen das deutsche Militär zum Opfer gefallen, wenn er sich in seinen Satzungen zur Aufgabe stellt, ein Wiederaufleben des Militarismus zu verhindern? Es scheint, als hätte es diesen Militarismus nie gegeben, und die neue Parole heißt: ‚Achtung vor der militärischen Vergangenheit, Pflege der Tradition, Schluß mit jeder Diskussion'!"
Die ganze Verwirrung und Orientierungsnot, die diese Zeilen ausdrücken, kann wohl nur der verstehen, der die ersten Nachkriegsjahre selbst miterlebte. Die Sieger des Zweiten Weltkriegs hatten neben dem Nationalsozialismus den „deutschen Militarismus" zum Hauptschuldigen der deutschen und europäischen Katastrophe gestempelt. Das Schuldbewußtsein der Deutschen mußte sich deshalb auch auf das beziehen, was spätestens seit 1871 „Deutsches Soldatentum" genannt wurde und in Preußen schon vorher ein wesentliches Element der Staatsgesinnung ausgemacht hatte. Die nach 1945 erscheinenden historischen Untersuchungen zur Weimarer Republik und die Analysen der „Machtergreifung" Hitlers machten zudem die verhängnisvolle Rolle des Militärs für den Ruin der Demokratie in Deutschland sichtbar. Im Kommuniqué der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 heißt es: „Militarismus und Nazismus werden in Deutschland ausgerottet werden, und die Alliierten werden jetzt und in Zukunft in gemeinschaftlichem Einverständnis die weiteren Maßnahmen treffen, die erforderlich sind, um eine Gewähr dafür zu bieten, daß Deutsch-

land weder seine Nachbarn noch den Weltfrieden jemals wieder bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu einem Volk von Sklaven zu machen. Es ist vielmehr ihre Absicht, dem deutschen Volk Gelegenheit zu bieten, sich auf eine spätere Erneuerung seines Lebens auf einer friedlichen, demokratischen Grundlage vorzubereiten."
Die „Nürnberger Prozesse" stellten deshalb folgerichtig nicht nur höchste Funktionäre der Partei und der Regierung vor Gericht, sondern auch hohe Militärs. Zu den Personen, die sofort aus ihren Stellungen zu entlassen waren, zählte die amerikanische Militärregierung am 28. August 1945 nicht nur Mitglieder der NSDAP, die vor 1933 beigetreten waren, sondern unter der Ziffer 6 auch Personen, die „zu irgendeiner Zeit den Generalstäben oder dem Generalstabskorps angehört hatten".
Diese Verurteilungen hatten selbstverständlich Ressentiments unter den Betroffenen ausgelöst. Mehr noch aber wirkte sich diese Haltung auf das Selbstverständnis der Demokratie in Deutschland aus. Vor allem für junge Menschen verbanden sich die Begriffe „friedlich", „demokratisch", „antimilitärisch" zu einer Einheit. Gerade die schon erwähnte Phase ethischen Höhenflugs innerhalb der Politik unterstützte die Verdammung jeder Bewaffnung. Pazifismus wurde wieder gesellschaftsfähig. Das Christentum wurde als eine Religion des Friedens und des duldsamen Leidens interpretiert. Selbstverständlich wirkten dabei die grausamen Erfahrungen der Kriegsgeneration vor allem während des Rußlandfeldzuges mit. Von einem Politiker wird berichtet, er habe in den ersten Nachkriegsjahren verkündet, die Hand möge ihm abfallen, wenn er nochmals ein Gewehr zur Hand nehme! Dieser Bericht spiegelt zumindest die Geistesverfassung und innere Einstellung einer ganzen Generation zu Kriegs- und Waffengewalt wider, auch wenn er den Politiker nicht richtig zitiert.

So wurde fast zwangsläufig die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zur innenpolitisch kritischsten über Jahre hinweg. An der Art, wie sie erörtert wurde, hing die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie, gleichgültig, ob die Entscheidung für oder gegen eine Bundeswehr ausgefallen wäre. Der Prozeß freier Meinungs- und demokratischer Willensbildung mußte sich gerade an dieser Frage bewähren, da sich die Fronten schroff und fast unversöhnlich gegenüberstanden. Über sieben Jahre hinweg war das Problem der Wiederbewaffnung Zündstoff der In-

nenpolitik, nur oberflächlich überdeckt von den wirtschaftlichen Erfolgen der fünfziger Jahre.
Die Krise um einen deutschen Wehrbeitrag traf zuerst die Regierung selbst. Ende August 1950 hatte Konrad Adenauer, damals Bundeskanzler, in einem Brief den Alliierten einen deutschen Verteidigungsbeitrag angeboten. Das Kabinett und die Fraktionen des Bundestags wurden erst nachträglich unterrichtet. Der damalige Innenminister Dr. Gustav Heinemann erklärte daraufhin seinen Rücktritt.
Am 1. April 1957, 7 Jahre später, wurden die ersten Rekruten aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht eingezogen. Zur gleichen Zeit erhitzten sich nochmals die politischen Gemüter an der Art der Bewaffnung und Ausrüstung der neu geschaffenen Bundeswehr. Sollten in Deutschland Atomwaffen stationiert werden, die Atomsprengkörper tragen können? Die leidenschaftliche Auseinandersetzung beherrschte noch den folgenden Wahlkampf 1957.
Erst nach der Bundestagswahl im September beruhigte sich die Szene wieder. In den folgenden Jahren wurde die Bundeswehr mehr und mehr von allen Gruppen und Parteien akzeptiert.
Während der sieben Jahre des Streites um die Bewaffnung der Republik ging es um weit mehr als um innenpolitische Machtkämpfe. Die Grundprinzipien demokratischen Lebens standen zur Diskussion. Bei den Gegnern der Wiederbewaffnung, die von der SPD geführt wurden, formierten sich verschiedene Gruppen mit recht unterschiedlichen Argumenten. Ernst zu nehmen waren vor allem jene, die von echter Sorge um den Bestand der jungen Demokratie erfüllt waren. Sie fürchteten, daß mit einem neuen Heer auch Kräfte wieder an Macht gewinnen könnten, die für die Restauration alten Untertanengeistes eintreten. Sie fürchteten, daß die alten „Kommißköpfe" den Geist der Republik verändern könnten. Schon während der Weimarer Republik war die Armee als Bollwerk der Restauration verdächtigt worden. Dies sollte sich in der Bundesrepublik nicht wiederholen.
In jenen Tagen wurde die Filmfolge „08/15", die militaristischen Ungeist im Zweiten Weltkrieg satirisch beschwor, zu einem großen Publikumserfolg. Dieser Erfolg drückte die Abneigung der Mehrheit deutscher Kriegsteilnehmer gegenüber den militaristischen Traditionen der Reichswehr aus. Er verstärkte die Überzeugung der Gegner einer Wiederbewaffnung, daß das Volk einer Bundeswehr ablehnend gegenüberstehen würde. Demokratie und Militär schienen sich nach deutscher Erfahrung gegenseitig auszuschließen.

Zu der Sorge um die Demokratie kam die Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiederbewaffnung der beiden Teile mußte die Spaltung vertiefen, die Aussichten auf eine Konzession Sowjetrußlands, wenn sie je bestanden, verringern. Die Sowjetunion machte aus ihrem Mißtrauen gegenüber einer militärischen Macht Deutschland niemals ein Hehl. Darin war sie sich mit den meisten Franzosen einig. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges waren durch bloße Argumente des Friedenswillens nicht zu widerlegen. Selbst die gewandelte strategische Situation, die sich aus der neuen Waffentechnik ergab und das Hauptgewicht auf die großen Weltmächte USA und UdSSR verlagert hatte, konnte die psychologisch begründete Angst vor einer deutschen Aggression kaum mindern. Eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik mußte deshalb die Spannung zwischen Ost und West nur vergrößern. So argumentierte vor allem die SPD, die immer wieder nach einem mittleren Weg für Deutschland zwischen den weltpolitischen Blöcken suchte. Zu den Gegnern der Wiederbewaffnung zählten aber auch jene, die auf den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg mit „Ohne-mich"-Parolen reagierten, die jedes politische Engagement einschließlich einem Wehrdienst aus Überdruß ablehnten. Zu ihnen stießen schließlich noch diejenigen, deren Ressentiments tiefer reichten. Entnazifizierung und Pauschalverurteilung der Soldaten hatten die junge Kriegsgeneration, die die Hauptlast des Zweiten Weltkrieges zu tragen hatte, sich für dessen Ursachen aber nicht verantwortlich fühlte, in eine gefühlsmäßige Opposition gegenüber einem aktiven militärischen Beitrag gedrängt, der ja wiederum und noch einmal ein unwiederbringliches Opfer an Zeit und Lebensenergie kosten würde. Der berühmte Jahrgang 1922, der im 11. Lebensjahr die Machtergreifung über sich ergehen lassen mußte, ohne bereits verantwortlich handeln zu können, der aber dann im Krieg die größten Verluste hinnehmen mußte, kennzeichnet diese zweimal betrogene Generation. An der Machtergreifung waren sie nicht schuld, im Krieg mußten sie für Hitler kämpfen, nach dem Krieg verfielen sie der allgemeinen Verurteilung deutscher Soldaten und Offiziere. Ihr Rückzug aus öffentlicher Verantwortung war daher verständlich.

Schließlich wären noch die Minderheitsgruppen zu erwähnen, die aus engstirnigem Nationalismus nur eine nationale Armee akzeptieren wollten. So durchlief die Opposition gegen einen Wehrbei-

trag eine weite Skala von substantiellen politischen Bedenken bis hin zu persönlichen Ressentiments.

Nicht weniger bunt war jene Gruppe zusammengesetzt, die eine Wiederbewaffnung befürwortete. Es gab wohl einige, die in einer Wiederbewaffnung nichts als eine Rechtfertigung des alten militaristischen Soldatengeistes erblicken wollten, ohne die Wandlungen der Zeit begriffen zu haben. Und es gab sicher auch Nationalisten und Ressentimentsgeladene darunter, die an vergangene Zeiten anknüpfen wollten. Aber unter den Befürwortern überwogen doch diejenigen, die ernste realistische, politische Argumente vorbrachten. Die Frage, ob ein demokratischer Staat das Recht der Selbstverteidigung in Anspruch nehmen müsse, wenn er ernsthaft für Frieden und Recht einstehe, rührte nicht minder an die Grundsatzdiskussion der Demokratie. Die Bereitschaft, die selbstgewählte Ordnung auch unter Einsatz von Leib und Leben zu verteidigen, wurde von den Befürwortern eines Wehrbeitrags als politische Tugend eines engagierten Demokraten begriffen. Ein Staat, der sich nicht auch wehrhaft zeigen dürfe, könne niemals gestaltende Kraft sein. Dieser politische „Realismus", als den sich diese Richtung selbst bezeichnete, wurde faktisch unterstützt durch die offene Bedrohung Europas von seiten der sowjetischen Großmacht.

Mitauslösendes Moment der Forderung nach Wiederbewaffnung war 1950 die Korea-Krise geworden, als das kommunistische Nordkorea Südkorea überfiel. Der Kommunismus war zu jener Zeit besonders expansiv, wie auch die Ereignisse in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien usw. gezeigt hatten.

Konrad Adenauer verband mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag zugleich das politische Ziel, die Bundesrepublik Deutschland aus der Isolierung herauszuführen und als militärischer Partner der westlichen Welt die politische Gleichberechtigung zu erringen. Diese Politik mußte natürlich bei denen auf Widerstand stoßen, die erst Souveränität forderten, ehe ein militärischer Beitrag denkbar sein würde. Adenauers Plan jedoch war, durch die militärische Mitwirkung die Souveränität zu erreichen (siehe Kapitel: „Entscheidung für Europa").

Der konsequente Antikommunismus der CDU war populär. Die Gefahr der Bolschewisierung erzeugte Angst und deshalb Sicherheitsbedürfnisse. Sie waren um so stärker, als sich die Bevölkerung nicht nur außenpolitisch, sondern auch in ihrem Verhältnis zur Republik noch äußerst un-

sicher fühlen mußte. Die Blickrichtung auf einen bedrohlichen Feind wirkte deshalb auch konsolidierend auf die innere Struktur Westdeutschlands.
Mit den ersten Erfolgen der Wirtschaftspolitik, die wieder ein besseres Leben für den einzelnen ermöglichte, stieg in der Bevölkerung auch die Befürchtung, Erreichtes wieder zu verlieren. Beides zusammen, die Angst vor der kommunistischen Diktatur, die die Freiheit in Frage stellte, und die Angst vor materiellem Verlust ließ in den fünfziger Jahren die Vokabel „Sicherheit" zu einem wirksamen Instrument der politischen Propaganda werden.
Damit befand sich die Gruppe der Befürworter eines Wehrbeitrages psychologisch im Vorteil. Dieser Vorsprung wurde vor allem bei den Wahlen 1957 wirksam, als die CDU/CSU gegenüber der SPD, die die Ablehnung der Wehrpflicht zum Wahlkampfthema gemacht hatte, überlegen gewann.
Zunächst aber sah es nicht danach aus. Der innenpolitische Kampf um einen Wehrbeitrag bewies in heftigen Auseinandersetzungen die Lebendigkeit unserer Demokratie. Zum erstenmal in der Geschichte der jungen Republik nahmen auch die gesellschaftlichen Verbände zu politischen Problemen, die außerhalb ihres unmittelbaren Interessenbereiches lagen, eindeutig Stellung. Sie bezogen feste Positionen im Willensbildungsprozeß. Der DGB, der Bundesjugendring, die evangelischen Kirchen usw. wirkten auf die Meinungsbildung ein. Die Diskussion um die Frage des Tötens im Krieg erreichte oft philosophische und theologische Tiefen, ohne die politische Entscheidung aus den Augen zu verlieren.
Zu dieser Zeit entstanden auch Organisationen, die sich für die Wiederbewaffnung einsetzten, aber zum Teil reaktionäre oder mindestens restaurative Tendenzen erkennen ließen. Die „Deutsche Soldatenzeitung" wurde gegründet. Der „Stahlhelm" trat wieder auf. Eine Zeitschrift „Der deutsche Soldat" ergriff für die verurteilte Kriegsgeneration Partei. Diese Erscheinungen waren aber eher geeignet, in der öffentlichen Meinung den Widerstand gegen eine Bundeswehr zu stärken als eine Restauration zu unterstützen.
Die heftigen Auseinandersetzungen in der öffentlichen Meinung schlugen sich in den Entscheidungen des Parlaments positiv nieder. Nachdem die Grundsatzentscheidung für die Wiederbewaffnung gefallen war, suchte man nach gesetzlichen Möglichkeiten, die die wirklichen oder vermeintlichen Gefahren für die Demokratie abwenden sollten.
Folgende Einrichtungen sollten das Wagnis des

Wehrbeitrags steuern, der kurze Zeit nach der Geburt der Republik eingeführt wurde:

1. Ein Personalgutachterausschuß aus unabhängigen Persönlichkeiten prüfte jede Wiedereinstellung eines Offiziers vom Oberst aufwärts. Er sollte sichern, daß die künftige Bundeswehr im demokratischen Geist geführt wird.
2. Das Parlament schuf die Stellung eines Wehrbeauftragten des Bundestages. Damit sollte vor allem vermieden werden, daß sich die Bundeswehr zu einem Machtinstrument außerhalb der politischen Verantwortung entwickelte. Außerdem sollte der Wehrbeauftragte die Rechte der Soldaten schützen.
3. Das Primat der Politik vor dem Militär wurde in der Führungsstruktur der Bundeswehr gesichert. Der Verteidigungsminister ist Oberbefehlshaber im Frieden, der Kanzler im Kriegsfalle.
4. Der Verteidigungsausschuß wurde als ständiger Ausschuß eingerichtet und mit den Sonderrechten eines Untersuchungsausschusses ausgestattet. Er kann Untersuchungen einleiten, sobald er es für notwendig erkennt.
5. Für die innere Struktur der Bundeswehr wurde das Prinzip des „Bürgers in Uniform" entscheidend. Innerhalb der „Inneren Führung" sollte der Zusammenhang mit den demokratischen Grundsätzen nie verlorengehen und auch von dieser Seite her das Entstehen eines „Staates im Staate" verhindert werden.

Unter diesen Voraussetzungen wurde eine deutsche Bundeswehr für die junge, ungesicherte Demokratie annehmbar. Doch politisch entscheidend wirkte sich darüber hinaus der erklärte Wille aus, eine deutsche Streitkraft nur im Rahmen internationaler Integration aufzubauen. Zuerst versuchte Adenauer, eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) zu errichten. Sie hätte den Vorteil geboten, daß die politische Integration Europas damit erhebliche Fortschritte gemacht hätte. Da jedoch die EVG an der Ablehnung durch das französische Parlament scheiterte, bewarb sich Bonn um Aufnahme in die NATO. Seitdem unterstehen die deutschen Kampfeinheiten dem Kommando der NATO.

Auch das Wagnis einer deutschen Wiederbewaffnung unterlag so einem demokratischen Prozeß, der von allen politischen Kräften und der gesamten öffentlichen Meinung getragen wurde. Auch dieser Prozeß ist nicht endgültig abgeschlossen. Mit der Krise der NATO, mit der Veränderung der weltpolitischen Situation, aber auch mit der Fortentwicklung der Strategie und Waffentechnik und damit der inneren Struktur der Bundeswehr, ist

die Lebendigkeit demokratischer Diskussion um den Sinn einer bewaffneten Verteidigungsmacht, um Art und Ausrüstung einer Bundeswehr, um die politischen Konsequenzen der Sicherheitssysteme weiterhin gefordert. Die Anwendung von Waffen als politisches Mittel ist das große Fragezeichen unserer Zeit geblieben, das mit lauen Gedankenspielereien und mit kurzschlüssiger Denkfaulheit nicht aufzulösen ist.

Heute ist die Bundeswehr lebendiger Bestandteil unseres demokratischen Staates. Die Integration dieses außerordentlichen Machtfaktors scheint gelungen. Doch in der politischen Geschichte gibt es keinen Stillstand. Die Bedingungen von Krieg und Frieden, die Probleme internationaler Konflikte sind gerade in unserer Zeit Gegenstand angestrengter wissenschaftlicher Forschung. Noch niemals zuvor in der Geschichte wurde der Krieg in gleicher Weise als Form der Auseinandersetzung in Frage gestellt. Wir brauchen nur die erregten Diskussionen in den USA um den Vietnam-Krieg zu beobachten. Diese Diskussion bleibt nicht auf Amerika beschränkt. Es ist fast selbstverständlich, daß dadurch auch das Instrument selbst, nämlich die Armee, im Feld der Auseinandersetzung bleibt. Dies kann weder der Bundeswehr kritisch angerechnet werden, noch darf man der öffentlichen Meinung Böswilligkeit unterstellen. Der Prozeß ständiger Meinungs- und Wissensbildung, der eine lebendige Demokratie ausmacht, kann heute die Probleme der bewaffneten Macht nicht ausklammern.

# Entscheidung für Europa

Die Außenpolitik der Bundesrepublik war in den ersten Jahren durch das Besatzungsstatut den Hohen Kommissaren der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs vorbehalten. Die Handlungsfreiheit der Regierung blieb auch nach der Gründung der Republik beschränkt. Sie konnte nicht einmal einen Außenminister ernennen. Der Bundeskanzler führte selbst die Geschäfte, die außenpolitische Fragen behandelten.

Gegenstand dieser „Außenpolitik" waren zunächst die Beziehungen zu den „Hohen Kommissaren", die auf dem Petersberg in der Nähe von Bonn ihren Sitz hatten. Sie waren einerseits die Verwalter einer verbliebenen Teilsouveränität der Besatzungsmächte in Westdeutschland. Sie besaßen beträchtlichen Einfluß im Geltungsbereich des Grundgesetzes, wenn auch durch das Besatzungsstatut eingeschränkt. Andererseits aber vertraten sie ihre Staaten und deren Interessen in der Bundesrepublik. Diese Doppelfunktion war nicht zuletzt in der prekären weltpolitischen Situation zu Beginn der fünfziger Jahre begründet.

Vor allem das Vordringen des Kommunismus in Osteuropa aber führte bei den Westmächten zu der Einsicht, daß über das Kontrollinteresse als Besatzungsmacht hinaus ein Interesse an einer wirtschaftlichen und politischen Gesundung Deutschlands bestehen mußte, um die Politik der Eindämmung und des „Roll back" in die Wege leiten zu können. Zur politischen Gesundung gehörte zweifellos auch die Chance für die Deutschen, ihre Selbstachtung wiederzugewinnen. Die im Grundgesetz wiedergewonnene Staatlichkeit durfte keine Farce bleiben, sollte Westdeutschland zu einem politischen Bollwerk gegen die Aggressivität der Sowjetunion werden. Daß die Westmächte die Bundesrepublik so in ihre politische Absicht einbezogen, ermöglichte einen wenn auch vorerst noch kleinen Spielraum für politisches Handeln.

Eine deutsche Außenpolitik stand jedoch vor einem kaum lösbaren Konflikt. Diese Spannung drückte sich in der Haltung von Regierung und Opposition aus. Sie wurde von Adenauer und Schumacher offen ausgetragen.

Die Alternativen können klar nachvollzogen werden, wenn man den Ausgangspunkt richtig analysiert. Die Bundesrepublik sollte ein Provisorium sein, ein Übergang zu einem Staat, der wieder ganz Deutschland umfaßt. Ziel mußte also die Vereinigung der Teile sein. Aus dieser Aufgabenstellung konnten sich zwei Standpunkte ergeben.

1. Durch außenpolitische Zurückhaltung die Westmächte zu weiteren Zugeständnissen aus

deren eigenem Interesse zu bewegen, ohne dabei die Bundesrepublik als endgültige Handlungseinheit allzusehr zu stabilisieren.

2. Durch eine aktive Politik von Vorleistungen und Verbindlichkeiten die Interessenlage der Westmächte zugunsten einer schnelleren Entwicklung zur Selbständigkeit zu nutzen, dabei jedoch die Stabilisierung der Bundesrepublik als deutscher Teilstaat zu riskieren.

Das Kriterium beider Standpunkte war die Einschätzung der Wiedervereinigungschancen. Die SPD, die die erstgenannte Alternative wahrnahm, hoffte, daß es gelingen könnte, die Politik der Alliierten zugunsten Gesamtdeutschlands zu aktivieren, wenn die Bundesrepublik die Verantwortung für Deutschland ganz und tatsächlich bei ihnen beließ. Die CDU dagegen glaubte, durch aktive Westpolitik das Interesse der Westmächte an Deutschland binden und steigern zu können. Adenauer ging dabei von der These aus, daß eine innenpolitisch, wirtschaftlich und außenpolitisch gesunde Bundesrepublik einen Sog auf die getrennten Teile Deutschlands ausübe und ein starker Westen auch die Sowjetunion veranlassen könne, nachzugeben.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß nur einer der beiden politischen Wege möglich gewesen wäre. Freilich wird die Antwort auf die Frage, ob Schumachers Konzept eines passiven Widerstands zur Wiedervereinigung geführt hätte, immer offen bleiben müssen. Der Politik Adenauers blieb allerdings auch der Erfolg versagt. Sie entsprach jedoch seiner Persönlichkeit. Das aktive Handeln kennzeichnete seine politische Begabung. Die Konzeption bewußter Enthaltsamkeit blieb ihm fremd. Enthaltung wäre jedoch in dieser Situation die einzige politisch praktizierbare Möglichkeit gewesen, den westlichen Alliierten eine Politik entgegenzusetzen, die nicht allen ihren Absichten entsprach. Adenauer aber wollte die Absichten der Alliierten für die Bundesrepublik nützen.

Diese Gegensätze prallten schon in der ersten Phase des 1. Bundestages hart aufeinander. In der 18. Sitzung am 25. November 1949 fiel in einer Debatte zum Petersberger Abkommen das Schimpfwort: „Der Bundeskanzler der Alliierten!" Schumacher hatte es Adenauer zugerufen. Die Sachfrage, um die es ging, ist geeignet, die Wurzel aller späteren außenpolitischen Gegensätze bloßzulegen. Sollte die Bundesrepublik einen Vertreter in die „Ruhrbehörde" entsenden, die die Wirtschaft im Industriegebiet kontrollieren sollte? Adenauer meinte ja, weil dies seiner Konzeption entsprach, durch Zusammenarbeit mit den

Alliierten Einfluß zu gewinnen. Schumacher meinte nein, weil es seiner Konzeption entsprach, durch Enthaltung die Alliierten zur Vernunft zu zwingen. Adenauer sah nur in der Kooperation eine Chance, die Demontagen zu stoppen. Schumacher war überzeugt, daß es auch ohne eine deutsche Mitverantwortung im Interesse der Westmächte liegen müsse, die Wirtschaftskraft Deutschlands wiederherzustellen.

Beide Positionen entsprachen einer angemessenen Beobachtung der deutschen Situation. Deutschland war besetzt. Die Bevölkerung war niedergeschlagen, ausgehungert und kämpfte mit den verschiedensten Existenzproblemen. Die Arbeitslosigkeit stieg. Konnte man von diesem Volk erwarten, daß es auf die Seite der Besatzungsmächte trat, aktiv um sie warb, ihre Interessen unterstützte, um erst auf Umwegen Vorteile für sich zu erreichen? Würde nicht das Werben um Vertrauen zugleich die Bevormundung verewigen? Und was würde aus den Landsleuten in der sowjetischen Besatzungszone werden, wenn sich die Bundesrepublik vorbehaltlos auf die Seite der Westmächte schlug? Doch die Bevölkerung der Bundesrepublik hatte andererseits den Gedanken der europäischen Einigung mit Begeisterung aufgenommen. Er bedeutete die große Chance, aus der Sackgasse nationaler Katastrophen endgültig herauszufinden. Eine ganze Generation schwor nationalen Parolen ab, um dauerhaften Frieden in einer größeren europäischen Einheit zu finden. Dieses Ziel übte in der Folge stärkere Faszination aus als die Sorge um Souveränitäten. Dieser Stimmung gegenüber mußten die Vorbehalte der Sozialdemokraten wie nationale Ressentiments wirken, die bei ihnen sicher nicht vorhanden waren.

Die Auseinandersetzung um die Konzeption der Außenpolitik durchzog auch den Kampf um die europäische Politik der Bundesrepublik von 1949 bis 1957. Immer wieder spitzte sich in diesen Jahren die Debatte auf das Problem der Gleichberechtigung zu, ohne die den Sozialdemokraten keine Partnerschaft möglich schien. Die CDU wollte dagegen die Gleichberechtigung durch partnerschaftliche Vorleistungen erreichen. Am 13. Juni 1950 erklärte Dr. von Brentano im Bundestag: „Aber ich versuche, den mir richtig erscheinenden Weg aufzuzeigen, der mir darin zu liegen scheint, nicht Bedingungen für die Mitarbeit zu stellen, sondern sich in der Mitarbeit die Anerkennung der Gleichberechtigung zu erwerben. Ich habe keinen Zweifel, daß wir auf diesem Wege der Mitarbeit die Gleichberechtigung eher und besser erreichen werden, als wenn wir sie

durch Fernbleiben zu ertrotzen versuchen." Ihm antwortete Dr. Kurt Schumacher am gleichen Tage: „Wenn es gelungen wäre, unser Volk in seiner überwiegenden Mehrheit — ausgedrückt durch eine Abstimmung in diesem Hause — zu einem besonnenen, realistischen Nein zu veranlassen, dann wären doch die anderen gezwungen gewesen, dieses Nein als die Voraussetzung einer notwendigen neuen Verhandlung anzusehen. Denn nicht nur wir brauchen die andern; gerade bei der Abwehr des Weltkommunismus brauchen die andern in demselben Umfange auch uns!"

Bei jener Debatte im Juni 1950 ging es noch um den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat. Die besondere Schwierigkeit bestand darin, daß Deutschland nur als assoziiertes Mitglied aufgenommen werden sollte, ohne Sitz im Ministerrat. Die Gleichberechtigung war also nicht zugestanden. Adenauer berief sich auf das Schlußkommuniqué der Londoner Konferenz, in der die Westmächte über Deutschland beraten hatten und eine schrittweise Aufnahme Deutschlands unter die freien Völker Europas versprachen, wenn die „freundliche Anlehnung" der Bundesrepublik Deutschland an die Alliierten gewährleistet sei. Er schloß also daraus: „Ich glaube nicht, daß eine Ablehnung des Eintritts in den Europarat durch die Bundesrepublik Deutschland auf westalliierter Seite als ein Zeichen ‚freundlicher Anlehnung' betrachtet werden würde." Demgegenüber warnte Schumacher vor der Gefahr der Enttäuschung: „Im Falle des Eintritts Deutschlands in den Europarat regeln sich weder geographische noch militärische Grenzen. Es wird keine Gleichberechtigung der Völker geschaffen und keine der Wirtschaftskrisen der europäischen Bevölkerung überwunden . . . Und wenn nun alles, was Menschen antreibt und bewegt, in keinem wichtigen Punkte auch nur annähernd gesichert ist, dann ist doch die notwendige Konsequenz: ein Rückschlag im europäischen Bewußtsein und im europäischen Willen, ein Rückschlag auf Grund von Enttäuschungen, die auch manches Mitglied dieses Hauses propagandistisch mitverschuldet hat."

Für beide Parteien war die europäische Idee verpflichtend. Die SPD sagte mit ihrem Nein zum Europarat nicht nein zu Europa. Nur waren ihre Vorstellungen von der notwendigen praktischen Politik im jeweiligen Zeitpunkt grundverschieden von den Vorstellungen der Regierungsparteien. Dieses „nur" drückt freilich äußerst unzulänglich die Spannung aus, die dem demokratischen Prozeß der Willensbildung in der Europapolitik zugrunde lag. Hier wurden nicht bloße methodische

Meinungsverschiedenheiten ausgetragen, hier standen sich Konzeptionen deutscher Außenpolitik gegenüber, die in Einzelentscheidungen aufeinanderstießen:

Schumacher: „Nun, meine Damen und Herren, sind alle Gefahren, so groß sie sind, noch immer an dem Hauptziel der deutschen Gegenwartspolitik zu messen und zu wägen. So vernebelt dieses Ziel auch sein mag, die deutsche Einheit — das ist das Entscheidende — ist nicht nur eine nationale Frage der Deutschen; die deutsche Einheit ist eine Frage der Selbstbehauptung der Völker Europas und der Weltdemokratie . . .

. . . Aber die Methodik der Behandlung zeigt doch ganz eindeutig, daß manche Leute zwar widerwillig von der Notwendigkeit deutscher Einheit reden, daß sie aber an der Spaltung Deutschlands ein machtpolitisches Interesse haben. Darum sage ich Ihnen: Ein Straßburg, bei dem eine Reihe von Mächten an der Teilung und Zerreißung Deutschlands profitiert, ist zur Ohnmacht verdammt. Wenn Straßburg oder eine daraus sich entwickelnde Organisation internationaler Art, bedingt durch Werte der Menschen, die allen Menschen gemeinsam sind, begreift, daß die deutsche Einheit ihre Einheit, die Position der Stärke Europas und der Geltung der Weltdemokratie ist, dann: Ja! Die Deutschen haben sich in vielem zu ändern; aber daß die andern mit ihrer heutigen Politik eine konstante Größe bleiben sollen, das wollen wir im Interesse Europas doch auch vermeiden helfen."

Dr. von Brentano: „Darum werden die deutschen Vertreter, die nach Straßburg gehen, auch nicht etwa ihre Aufgabe darin sehen, die Bundesrepublik oder die Bevölkerung der Bundesrepublik dort zu vertreten, sondern sie werden sich zu Sprechern des ganzen Deutschland machen . . . Wir sind es den Deutschen in der Ostzone schuldig, daß wir ihre Anliegen dort vertreten, wo wir sie in Freiheit aussprechen dürfen . . ."

Die Abstimmung an diesem Tage führte zu einem Ja der Regierungsparteien für die Entsendung von Vertretern in den Europarat, zu einem Nein der Opposition. Diese Fronten blieben über sämtliche Europa-Entscheidungen der kommenden Jahre bestehen. Jedoch sowohl bei der Debatte zur Montan-Union als auch bei der Auseinandersetzung um die EVG und schließlich bei der Entscheidung über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verfolgte die SPD ihr ursprüngliches außenpolitisches Konzept.

Das bedeutete keine Ablehnung europäischer Einigungsbestrebung, aber einen Vorbehalt gegenüber einer nur am Westen orientierten Außen-

politik, gegenüber einem bloßen West-Europa. Diese Politik war allerdings zum damaligen Zeitpunkt unpopulär. Die Bemühungen der Regierung, durch Zusammenarbeit mit dem Westen die Bundesrepublik zur Anerkennung innerhalb der Gemeinschaft freier Völker zu führen, waren jedoch erfolgreich und konnten deshalb mit der Zustimmung des Volkes rechnen. Das Trauma des Nationalsozialismus, die Scham über das Geschehen während der Jahre 1933–1945, die Erfahrung der Isolierung während der Weimarer Republik lenkten die Hoffnungen der Deutschen in der Bundesrepublik auf das Wohlwollen der Westmächte. Die „Entscheidung für Europa" blieb jedoch eine Entscheidung für Westeuropa, gestützt auf den guten Willen der Vereinigten Staaten, die ein vereinigtes Europa anstrebten, gestützt aber auch auf die Versöhnungsbereitschaft der Franzosen.

Deutschland erkannte die Chance, aus der Isolierung im Interesse Europas herauszufinden. Die Bundesrepublik Deutschland wurde allerdings so zum Randstaat der westlichen Welt. Als solcher zog sie das Interesse der Alliierten auf sich. Sie nahm teil an dem Wiederaufstieg der demokratischen Nationen Europas. Der Preis freilich war die nun größer werdende Kluft zu den osteuropäischen Nachbarn und zu dem abgespaltenen Teil Deutschlands, die durch die Politik der Sowjetunion noch entscheidend vertieft wurde. Der Konflikt zwischen einer bedingungslosen Europa-Politik und einer kompromißlosen Deutschland-Politik entschied sich in den Wahlen von 1953 und 1957. Die Bevölkerung der Bundesrepublik stimmte in überwiegender Mehrheit für Adenauer und seine Regierung. Erst in den letzten Jahren, als die Fortschritte auf dem Wege nach Westeuropa, nicht zuletzt unter dem Einfluß der französischen Politik, zum Stillstand kamen, setzte sich eine Neuorientierung der Außenpolitik allmählich durch. Doch auf die ersten harten Auseinandersetzungen um eine Außenpolitik folgte eine zunächst ruhige Periode. Der demokratische Prozeß schien hinter verschlossenen Türen vollzogen zu werden. Dies erschwerte für einige Jahre die Orientierung der Wähler. Erst kurz nach Beginn der 5. Legislaturperiode brachen die Gegensätze außenpolitischer Konzeptionen erneut auf. Sie begannen wieder in stärkerem Maße die politische Szene in Deutschland zu beherrschen. Diese Diskussionen lassen erneut den schwierigen Prozeß demokratischer Willensbildung und den Wagnischarakter jeder Entscheidung erkennen.

# Entscheidung für die Marktwirtschaft

Die Entscheidung, die das spätere soziale und wirtschaftliche Gefüge der Bundesrepublik prägte, fiel bereits im frühesten Stadium. Praktisch war der Kurs bereits bei der Währungsreform durch den Frankfurter Wirtschaftsrat bestimmt. Professor Erhard war der verantwortliche Direktor. Doch dieser Kurs wurde 1949 zum großen Wahlthema zwischen CDU und SPD. Und in den ersten Jahren des Bundestags, bis etwa 1951, blieb die Wirtschaftspolitik ein heißer Gegenstand der politischen Auseinandersetzung.

Man bezeichnete im Inland und im Ausland die nach 1951 folgende Entwicklung gern als „Wirtschaftswunder". Dieser Erfolg erhob die Politik der freien Marktwirtschaft beinahe zum unumstößlichen Dogma. Dabei wird oft vergessen, daß das Zusammentreffen einiger eindeutiger Voraussetzungen den Erfolg ermöglicht hat. Damit soll jedoch nicht behauptet werden, daß die „soziale Marktwirtschaft" nicht auch unter anderen Bedingungen erfolgreich sein könnte.

Die Parteien beurteilten die wirtschaftliche und soziale Situation während der ersten Nachkriegsjahre verschieden. Selbst innerhalb der CDU und CSU gab es erhebliche Unterschiede der Auffassungen.

Noch das Ahlener Programm der CDU, das von dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold ausgearbeitet worden war, prophezeite den Untergang des kapitalistischen Systems. Jedoch statt eines Staatskapitalismus sollte Planung und Leitung der Wirtschaft durch eine Art „Wirtschaftskammer" geschehen, die unter Kontrolle des Parlaments arbeiten sollte.

Am 19. Juli 1949 wurde jedoch in Düsseldorf ein weiteres Programm von der CDU verabschiedet, das den Sieg der „Liberalen" (im wirtschaftlichen Sinne) manifestierte. Es stand eindeutig unter dem Eindruck der Erhardschen Wirtschaftspolitik, die der Professor von Frankfurt aus leitete. Mit diesem Wirtschaftsprogramm, das lediglich eine Steuerung durch Steuerpolitik und Lenkung der Einfuhren zuließ, bestritt die CDU den Wahlkampf 1949 und wurde zur stärksten Fraktion.

Die SPD dagegen trat als klassenbewußte Partei an. Die Wahlniederlage vom August 1949 quittierte Kurt Schumacher auf dem Parteitag in Hannover, der im November des Jahres stattfand, mit schweren Anklagen gegen die kapitalistische Ausbeutung, die nun über Deutschland hereinbrechen werde. Der Arbeiter sei um die Chance eines demokratischen Neubeginns, um die Gleichberechtigung im Wirtschaftsgefüge abermals betrogen. Der sozialdemokratische Wirtschaftsexperte

Professor Nölting wurde so im ersten Bundestag zum großen Opponenten des anderen Volkswirtschaftsprofessors Ludwig Erhard. Er hatte um so mehr Überzeugungsgründe, als die Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren keineswegs so stark zurückging wie vorausgesagt und die erfolgreiche Entwicklung praktisch erst nach dem Korea-Boom im Jahre 1951 begann.

Die Ausgangsposition 1948 konnte wiederum beiden Seiten recht geben. Die Wirtschaftskraft Deutschlands war durch den Krieg zerstört. Die Menschen darbten am Nötigsten. Der größte Teil der Bevölkerung hungerte. Wohnungen fehlten vor allem in den zerbombten Großstädten, die andererseits Zentren der Arbeitskraft und der Industrie werden sollten. Eine freie Wirtschaft konnte also nur den wenigen zugute kommen, die noch Besitz über den Krieg gerettet hatten, vor allem aber denjenigen, die über Produktionsmittel und Verkaufsgüter verfügten. Der Bedarf würde so riesig sein, daß fast jeder Preis diktiert werden konnte. Ging es also nicht vielmehr darum, wie die SPD es ausdrückte: „Elend gerecht zu verwalten", als der Utopie eines Liberalismus nachzuhängen? Ging es nicht vielmehr darum, erst der breiten Bevölkerung das Nötigste zu beschaffen, also die Produktion und Investition zu lenken, und nicht darum, dem bereits günstiger gestellten Unternehmertum freie Bahn zu verschaffen? War es nicht gerechter, das wenige allen zugute kommen zu lassen, als das wenige in ein wirtschaftspolitisches Experiment einzubringen, dessen Ausgang ungewiß war?

Die Alliierten, insbesondere die Engländer, die damals von Labour regiert wurden, aber auch die Amerikaner, die dem Rezept Roosevelts zur Behebung ihrer Wirtschaftskrise verschrieben waren, unterstützten den Plan einer dirigistischen Wirtschaftspolitik. Erhard konnte sich dagegen nur auf die neoliberale Theorie stützen und hatte Glück, daß auch er sich auf einen Ausländer berufen konnte, nämlich auf seinen Lehrer Professor Röpke, der in der Schweiz lehrte. Erhard hatte damals Macht und Mut, seine Konzeption einer freien Marktwirtschaft durchzusetzen.

Für die Theorie Erhards wirkten eine Reihe psychologischer und materieller Umstände. 12 Jahre Zwangswirtschaft während des Nationalsozialismus hatten in eine inflationistische Katastrophe geführt, weitere drei Jahre der Rationierung nach dem Kriege zeigten nirgendwo eine Besserung. Das Argument der Gerechtigkeit einer Rationierung und Zwangszuteilung hatte angesichts des Schwarzhandels jede Überzeugungskraft verloren.

Psychologisch mußte also auch nur die leiseste Hoffnung auf eine Änderung durch ein anderes System positiv wirken. Insbesondere hatte die Tatsache, daß Arbeit und Fleiß nutzlos gewesen waren, zutiefst deprimiert. Wer auch noch so strebsam arbeitete, sein Realeinkommen war durch die Bezugsscheine rationiert. Dem stand aber die Energie von Millionen gegenüber, die die verlorenen Kriegsjahre nachholen wollten. Diese Situation mußte zugunsten von Erhards Konzeption wirken.

Ein zweites Moment bestand darin, daß die Bevölkerung extrem anspruchslos geworden war. Der Franzose Grosser beschreibt dies in seinem Buch „Die Bonner Demokratie" so:

„Die eingeschlagene Politik war wirksam, aber sie war auch nur möglich bei der anfänglich sehr maßvollen Haltung der Bevölkerung, die aus einem wahren Abgrund des Elends wieder auftauchte und sich mit soliden Hoffnungen und einer begrenzten Erfüllung ihrer Wünsche begnügte."

Diese Entschlossenheit, hart zu arbeiten, um ein neues Leben aufzubauen, traf auch auf die Millionen Vertriebener zu, die alles verloren hatten. Sie waren insofern nicht nur eine Belastung der Bundesrepublik, sondern zugleich ein Zuwachs an überproportionalem Arbeitswillen.

Die Investitionsbereitschaft umfaßte nicht nur den großen Unternehmer, sondern auch den kleinsten Handwerker bis hin zum kleinsten Vertreter. Die Anschaffung eines Kraftwagens war damals Investition für einen größeren Verdienst und kein Konsum. Es wurde für Wohnungen und für Fortbildung gespart. Die Studenten finanzierten zum großen Teil ihr Studium durch Arbeit und nicht durch staatliche Zuwendungen aus dem Sozialprodukt. Das Wirtschaftsverhalten war davon bestimmt, zugunsten einer besseren Zukunft zu verzichten, und nicht davon, das Erreichte jeweils zu genießen.

Dies ist aber die Grundvoraussetzung jeder liberalen Wirtschaftspolitik, will sie ihre dynamische Kraft behalten. Der moralische Impetus ist jedoch nicht, „Maß zu halten", sondern mehr zu wollen, als im Augenblick erreichbar erscheint.

Hinzu mußte jedoch noch eine Reihe von materiellen Bedingungen kommen, die aber tatsächlich 1949 gegeben waren. Die Belastungen der öffentlichen Haushalte waren noch relativ gering. Deutschland hatte vor allem kaum Verteidigungskosten aufzubringen, jedenfalls war die für die Besatzung aufzubringende Summe, gemessen an den Steuerbeiträgen der Sieger, sehr gering. Andererseits aber brachten die amerikanischen

Truppen Dollars ins Land. So konnte die Bundesrepublik eine Steuerpolitik verfolgen, die den Unternehmern eine weitgehende Eigenfinanzierung ermöglichte. Diese Begünstigung der investierenden Unternehmen bei gleichzeitig niedrig bleibenden Löhnen war die materielle Basis für den auch durch die Marshall-Plan-Hilfe stark geförderten Wiederaufbau und die günstige Startposition für den bald aufblühenden Außenhandel. Ohne diese Hilfen und die Bescheidenheit der Verbraucher wäre freilich das Konzept nicht zu verwirklichen gewesen.

In den ersten Jahren machte sich die SPD die Position der Arbeiter zu eigen, die sich ihres Anteils an dieser Entwicklung durchaus bewußt waren. In der 36. Sitzung am 9. Februar 1950 hielt Professor Nölting dem Wirtschaftsminister entgegen:

„Sie machten Einwendungen gegen unsere These, daß das Sozialprodukt eine falsche Verteilung gefunden habe. Bei Preistreiberei auf der einen und bei lange festgehaltenem Lohnstopp auf der anderen Seite blieb gar nichts anderes übrig. Der Lohnanteil am Sozialprodukt ist abgesunken. Das sagt nicht nur ein Sozialdemokrat, dem Sie es vielleicht nicht glauben. Da auf meinem Tisch liegt die Schweizer ‚National-Zeitung' vom 7. Februar, also von vorgestern. Einige Sätze sind so interessant, daß ich sie auszugsweise wiedergeben möchte:

‚Man protzt gern damit, daß in Deutschland wieder alles zu haben sei. Man sollte nachforschen, wer alles haben kann, ob die gesamte Bevölkerung oder nur ein Bevölkerungsausschnitt... Die Milch, die die Arbeitslosen nicht trinken können, kann man in Form von Butterkrem in den Konditoreien essen!'...

Und, Herr Professor Erhard, das nennen wir eben ‚Fassadenwirtschaft', und deshalb droht Einsturzgefahr. In Westdeutschland ist an die Stelle der Rationierung durch Karten die Rationierung durch Drosselung der Kaufkraft der breiten Massen getreten... Der Bezugsschein ist sozusagen nur aus der Bezugsscheintasche ins Portemonnaie gewandert und fehlt auch dort."

Zur Investitionspolitik sagte Professor Nölting in der gleichen Rede: „Ich habe ausdrücklich gesagt, Vorfinanzierung muß durchdacht, kontrolliert und begrenzt sein und muß vor allem planmäßig eingesetzt werden. Vorfinanzierung führt dann zu keiner Inflation, wenn sie durch ein entsprechend gesteigertes Produktionsvolumen abgedeckt werden kann. Nur darf sie nicht einfach ins Blaue hineingeknallt werden."

Wie bereits gesagt, die Konzeption der Bundesregierung beinhaltete gerade das Gegenteil. Wirtschaftsminister Erhard hatte in der gleichen Sitzung verkündet:

„Meine Damen und Herren, soziale Marktwirtschaft heißt, daß die Wirtschaftspolitik dafür Sorge trägt und alle Anstrengungen unternimmt, um durch eine Verbesserung der Leistungen, durch eine Senkung der Preise und durch Erhöhung des Nominallohns und Reallohns die Lebenshaltung unseres Volkes und der breiten Masse unseres Volkes fortlaufend zu verbessern. Daß dieser Zustand nicht befohlen werden kann, das hat uns die Planwirtschaft gezeigt."

In der gleichen Rede führte Erhard aus:

„(Die) Liberalisierung, die wir unter Kontrolle halten können und auch halten wollen, hat sozialpolitisch etwas sehr Wertvolles erreicht. Sie hat nämlich überall dort, wo der Hang zu überhöhten Preisen bzw. zur Realisierung überhöhter Preise vielleicht etwas zu stark entwickelt ist, korrigierend und bremsend gewirkt. Und die Entfachung des Wettbewerbs, die wir im Innern erreicht haben, nunmehr auch von außen in unsere Wirtschaft hineinzutragen, war allerdings ein Kernstück unserer Wirtschaftspolitik und wird es auch in Zukunft bleiben. Nur dann, wenn wir aus der deutschen Wirtschaft und aus den deutschen arbeitenden Menschen durch alle Schichten hindurch die höchste Leistung, die überhaupt denkbar ist, herausholen, haben wir die Aussicht, die deutsche Not zu bannen und unser Schicksal glücklich zu gestalten." Den besonderen Anschuldigungen setzte Erhard entgegen:

„Von einer Senkung der Konsumkraft kann also unter gar keinen Umständen gesprochen werden. Alle Zahlen, die Ihnen ja auch zur Verfügung stehen, beweisen eindeutig, daß die Konsumkraft der Lohnempfänger zugenommen hat. Ich bin jedoch der Meinung, daß in der weiteren Entwicklung mit weiterer Rationalisierung und noch stärkerer Belebung des Wettbewerbs auch in Verfolg der Liberalisierung das Verhältnis von Löhnen und Preisen noch günstiger gestaltet werden kann. Ich wiederhole noch einmal: Das ist das von uns angestrebte wirtschaftspolitische Ziel, und diesem Ziel gilt unser Einsatz, ob Sie es glauben oder nicht."

Schon aus diesen wenigen Sätzen der Reden von Professor Nölting und Professor Erhard mag hervorgehen, daß von der Theorie her der richtige Weg in keinem Fall logisch beweisbar ist. Volkswirtschaftliche Thesen treffen nur dann zu, wenn sich der Mensch — aus welchen Gründen auch

immer – entsprechend verhält. Wirtschaftspolitisch bleibt die Entscheidung für ein Konzept immer ein Wagnis, das nicht nur die Politiker, sondern noch mehr die wirtschaftlich handelnden Bürger betrifft. Der entscheidende Motor der Wirtschaft bleibt die jeweilige Einstellung der wirtschaftenden Menschen. Das hatte z. B. Max Weber in seiner Untersuchung über den Zusammenhang von religiösem Puritanismus und kapitalistischer Wirtschaft längst erkannt. Die Ausgangssituation 1948 aber war eben ein moralisches und materielles Defizit der Deutschen, das zur Bescheidenheit zwang. Darum war die Wirtschaftspolitik Erhards situationsgemäß. Sie muß nicht deshalb auch theoretisch für alle Fälle zutreffen. Insofern unterlag auch die wirtschaftspolitische Entscheidung einem demokratischen Prozeß, der alle Bevölkerungsteile umfaßte. Als während der ersten Bundestagswahl die Alternative zwischen Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft zur Entscheidung gestellt wurde, ging es weit weniger darum, ob die Bevölkerung diese oder jene Richtung für „richtig" hielt. Es ging vielmehr darum, zu welcher Art des Wirtschaftens sie selbst am stärksten disponiert war, und zwar im gegebenen Zeitpunkt. Sie schien zum größeren Teil bereit zu einer marktgerechten Leistungswirtschaft, da sie die CDU/CSU zur stärksten Partei machte. Erhard interpretierte das Wahlergebnis im Bundestag so: „Daß Herr Kollege Nölting den Begriff soziale Marktwirtschaft nicht besonders gerne hört und auch nicht viel Gutes daran lassen möchte, ist mir wohl verständlich; denn unter dem Zeichen: Für und gegen ‚soziale Marktwirtschaft' sind wir uns ja wochenlang im Lande begegnet, und das Votum des deutschen Volkes ist dahin gegangen, daß die soziale Marktwirtschaft eben doch ein besseres, ein wertvolleres System verkörpert als die sozialistische Planwirtschaft."

Der Sozialdemokrat Wönner antwortete darauf: „Ich darf mir nun noch eine Bemerkung zur sozialen Marktwirtschaft erlauben. Sie haben sich in Ihrem Wahlkampf soviel darauf zugute getan, und Sie haben auch heute wiederholt darauf hingewiesen, es sei ein Ausdruck des Vertrauens des deutschen Volkes in die geübte Wirtschaftspolitik, daß das Wahlergebnis vom 14. August so ausgefallen sei, wie es ausgefallen ist. Ich möchte Ihnen nur sagen: Sie sollten sich davor hüten, einem psychologischen Trugschluß zum Opfer zu fallen. Der Eindruck am 14. August war nämlich auf den absoluten Nullpunkt abgestellt, von dem aus die wirtschaftliche Situation in Deutschland besser geworden ist, jenen Nullpunkt, an dem es nur

mehr heißen konnte: Entweder wird es besser, oder Millionen von deutschen Menschen müssen endgültig verhungern.
Das war die Situation im Mai 1948. Wenn Sie von diesem Nullpunkt aus die Situation beurteilen, werden Sie recht haben. Aber glauben Sie doch bitte ja nicht, daß die Menschen psychologisch bei diesem Nullpunkt vom Mai 1948 stehenbleiben. Sie werden ihre materiellen Forderungen nicht mehr vom Nullpunkt 1948 aus abzuleiten in der Lage sein, sondern sie werden den berechtigten Lebensanspruch nach normalen Vorstellungen dann, wenn die Möglichkeit dazu besteht, irgendwie wieder geltend machen."
Nach der Wahl im August 1949 stand die Entscheidung für oder gegen die soziale Marktwirtschaft noch einmal zur Diskussion, als über die Frage der Koalition verhandelt wurde. Die CDU/CSU war wohl die stärkste Fraktion, sie konnte jedoch nicht allein regieren. Viele befürworteten damals eine Große Koalition zwischen CDU und SPD. Der gegenwärtige allgemeine Notstand schien dafür zu sprechen. Doch die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung im Wahlkampf mußte sich auch in der Regierungsbildung auswirken, sollte diese bei den Wählern glaubwürdig bleiben. Konrad Adenauer entschied sich für ein Bündnis mit den kleineren „bürgerlichen" Parteien, die das Programm des Liberalismus unterstützten. Dies war sicherlich ein Durchbruch des Mutes zur eindeutigen Verantwortung, wie er der demokratischen Regierungsform allein entspricht. Er setzt freilich eine klare Konzeption voraus.
Wir haben uns inzwischen tatsächlich vom Nullpunkt weit entfernt. Die psychologischen Voraussetzungen des Anfangs treffen heute nicht mehr zu. Das tatsächliche Risiko eines Wagnisses aber wird immer erst in den Alternativen deutlich.
Demokratie ist keine Staatsform, in der die Harmonie aller Beteiligten oberstes Prinzip wäre. Sie wird aber oft in diesem Sinne mißverstanden. Demokratie stellt im Gegenteil alle Gegensätze offen dar. Diese Gegensätze entsprechen dem Wesen der Politik, in der es niemals ein eindeutiges, unbezweifelbares „Richtig" gibt. Die offene Auseinandersetzung aber ermöglicht erst die Mitbeteiligung des Bürgers im Prozeß, der zu den großen und kleinen Entscheidungen führt.

## ZUM TONDOKUMENT

Das Tondokument enthält drei Ausschnitte aus Reden im Bundeshaus und zwei Rundfunksendungen in ursprünglicher Länge. Alle Dokumente stammen aus den Monaten der Gründung der Bundesrepublik.
Die beiden Wahlaufrufe Adenauers und Schumachers wurden Anfang August 1949 gesendet. Sie sind selbstverständlich in erster Linie Wahlwerbung. Sie ist nicht immer sachlich und konzentriert sich oft einseitig auf die Wirkung gegenüber dem Wähler. Die Gegensätze zwischen den beiden großen Parteien treten deutlich hervor. Noch liegt die Zukunft der Bundesrepublik im Dunkel. Die Realität der politischen Entscheidungen hat noch nicht den Weg der Bonner Republik festgelegt. Darum treten die weltanschaulichen Grundhaltungen stärker in den Vordergrund. Die scharfen, oftmals polemischen Gegensätze zwischen den beiden großen Gegnern sind klar zu erkennen. Am Anfang des politischen Prozesses steht die Auseinandersetzung um die Schwerpunkte der künftigen Politik. Während Schumacher die Chance eines Sozialstaates betont, spricht Adenauer das Bedürfnis an, nach der Zeit des Nationalsozialismus die christliche Wertordnung auch in der Politik wieder zu sehen. Im Mittelpunkt stehen bei beiden die Vorstellungen über die Lösung der drängenden und bedrückenden wirtschaftlichen Probleme.
Die Antrittsrede von Professor Theodor Heuss als Bundespräsident kennzeichnet vor allem den sittlichen Auftrag des neuen Staates: „Gerechtigkeit erhöhet ein Volk." Jede Politik, jede staatliche Tätigkeit steht unter dem Maßstab der Gerechtigkeit, des höchsten politischen Wertes, der zugleich am schwersten zu verwirklichen ist. Denn die Vorstellungen von Gerechtigkeit sind sehr verschieden. Mögen die einen die soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen, für andere ist Gerechtigkeit nur in einem Höchstmaß von Freiheit erfüllt. Doch ein modernes Staatswesen muß eine Gerechtigkeit zu verwirklichen suchen, in der sich die verschiedenen weltanschaulichen Bedürfnisse und Ideen von einer gerechten Ordnung zusammenfügen. Darum ist der Auftrag, den Theodor Heuss als Bundespräsident diesem Staatswesen auferlegte, eine schwere Verpflichtung, deren Erfüllung aller Gewissenhaftigkeit, allen Ernstes, aller Ausdauer der Besten bedarf.
Die beiden letzten Abschnitte bringen Ausschnitte aus der Regierungserklärung Adenauers und der Antwort Schumachers. Diese beiden Abschnitte wurden so gewählt, daß die Ausgangssituation verdeutlicht wird. In Schumachers Rede wird vor

allem die Rolle der Opposition hervorgehoben. Der Ausschnitt aus der Regierungserklärung betont den Neuanfang im Zeichen der Grundrechte nach zwölf Jahren der autoritären Herrschaft.
Bei der Auswertung der Tondokumente, die sich bewußt auf das Jahr 1949 konzentrieren, wird es wichtig sein, die zeitbedingte historische Besonderheit der politischen Situation herauszuarbeiten. Es kann der Wandel studiert werden, der inzwischen vor sich ging. Der Dokumentenwert liegt vor allem in der Einheit der Zeit, aus der alle verwendeten Abschnitte stammen.

## WORTLAUT DER SCHALLPLATTE

Schallplattenseite I

**Ausschnitt aus der Antrittsrede des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss am 12. September 1949 vor der Bundesversammlung:**

Deutschland braucht Europa; aber Europa braucht auch Deutschland! Wir wissen's im Geistigen: wir sind ärmer geworden in der Hitlerzeit, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker absperrte. Aber wir wissen auch dies: die anderen würden ärmer werden, ohne das, was Deutschland bedeutet. Wir stehen vor der großen Aufgabe, ein neues Nationalgefühl zu bilden. Eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht versinken und steckenbleiben in dem Ressentiment — in das das Unglück des Staates viele gestürzt hat — und daß wir nicht ausweichen in hochfahrende Hybris, wie es ja nun bei den Deutschen oft genug der Fall war. Seltsames deutsches Volk! Voll der größten Spannungen, wo das Subalterne neben dem Genial-Spekulativ-Schweifenden, das Spießerhafte neben der großen Romantik steht. Wir haben die Aufgabe im politischen Raum, uns zum Maß, zum Gemäßen zurückzufinden und in ihm unsere Würde neu zu bilden, die wir im Inneren der Seele nie verloren. Darf ich den Zufall nehmen als Symbol der Zeit und des Ortes, daß wir in diesem Jahre 1949 den 200. Geburtstag von Goethe begangen haben und daß wir hier weilen in der Geburtsstadt von Beethoven. Es steht uns nicht an, aus diesen bei-

den Namen, aus diesen beiden großen Erscheinungen etwas zu machen wie Reklameartikel und Propagandageschäfte! Und es steht uns auch nicht an, wohlwollend auf ihre Schultern zu klopfen! Aber wir spüren dies: Daß in diesen beiden Männern aus dem deutschen Mutterboden Weltwerte geworden sind, vor denen wir selber stolz und bescheiden stehen. Und sie mögen uns in der Zerschlagenheit der Zeit Festigung und Trost bedeuten.

Verehrte Mitglieder des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesversammlung! Im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott, trete ich dieses Amt an. Indem ich es übernehme, stelle ich dieses Amt und stelle unsere gemeinsame Arbeit unter das Wort des Psalmisten: „Gerechtigkeit erhöhet ein Volk!"

**Kurt Schumacher: Letzter Aufruf zur ersten Bundestagswahl am 14. August 1949:**

Die Sozialdemokratische Partei betrachtet die deutsche Bundesrepublik als Grundlage für die deutsche Einheit. Der Versuch, die von Sowjetrußland gelenkten nationalkommunistischen Strömungen zu Trägern der deutschen Einheitsbewegung zu machen, würde in der Form der Einheit einer russischen Provinz enden, aber nicht zur deutschen Einheit führen. Die deutsche Einheit ist nur möglich auf der demokratischen Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit und der Gleichartigkeit der staatlichen Machtmittel in allen vier Besatzungszonen. Um die Bundesrepublik in Westdeutschland zum Ausgang einer solchen Politik machen zu können, muß sie nach innen und außen politische Freiheit haben und ein Staat sozialer Gerechtigkeit werden. Nur so kann sie die unwiderstehliche Anziehungskraft auf den deutschen Osten ausüben. Die Frankfurter Wirtschaftspolitik freilich hat diese staatsbildenden Kräfte im deutschen Volke gestört. Sie hat versucht, durch den Klassenkampf von oben einen Staat der Verdiener und Nutznießer zu schaffen. Diese Politik kommt in ihrem Ergebnis den kommunistischen Zersetzungsbedürfnissen entgegen. Praktisch haben wir die Preisdiktatur der großen Warenhorter und Sachwertbesitzer in den letzten 13 Monaten erfahren. Im Vergleich zu 1936 sind Löhne und Gehälter nur wenig, die Preise aber außerordentlich gestiegen. So zahlen die kleinen Leute jetzt in Deutschland innere Reparationen an die wirtschaftlich Starken. Die Arbeitslosigkeit steigt trotz der günstigen sommerlichen Verhältnisse. Die Zahl der offenen Stellen sinkt immer weiter. Sogar die Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern nimmt stetig zu. Selbst der Bau von Werkarbeiterwohnungen stockt. Das Volkseinkommen ist in den letzten Monaten gesunken. Die Produktion beginnt in vielen Zweigen zu stagnieren und selbst rückläufige Entwicklungen in der Produktionshöhe zeigen sich an. Eine gesunde und sozial geordnete Wirtschaft ist aber das Fundament des Staates. Selbst die reichsten Länder der Welt können heute auf Planung, Lenkung und Kontrolle bei

der Versorgung mit Krediten und Rohstoffen und der Regelung der Ein- und Ausfuhr nicht verzichten. Man kann aus Westdeutschland nicht einen kapitalistischen Naturschutzpark im Stil von 1840 machen, ohne die Kaufkraft der Massen weiter zu stören und damit die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend zu gefährden. Die Sozialdemokratie kämpft für den radikalen sozialen Lastenausgleich, der auch die Sachwertvermögen heranzieht und überhaupt das Vermögen selbst und nicht nur seine Erträgnisse beansprucht. Die Sozialdemokratie mobilisiert alle Kräfte politischer und wirtschaftlicher Einsicht in Deutschland und der Welt, um das vernunftlose Unrecht der neuen Demontagen abzuwehren. Der Aufbau des Zerstörten, das Hineinströmen von acht Millionen Flüchtlingen und die Notwendigkeit zu großem Export zwingen uns dazu, eine Politik der Demontagen zu bekämpfen und eine Politik der Reindustrialisierung einzuleiten. Nur ein Volk, das sich wirtschaftlich und politisch national selbst behaupten kann, ist imstande, internationale Notwendigkeiten zu erkennen und europäische Zusammenarbeit aus freudigem Herzen zu leisten. Alle Methoden der Vorherrschaft einzelner Länder über andere Länder gefährden diese Zusammenarbeit. Jede antideutsche Politik muß sich heute antieuropäisch auswirken. Man darf nicht die Kräfte der Demokratie verbrauchen, sondern man muß sie emsig entwickeln und stärken. Nur so vermeidet man die Neigung zur Diktatur und zum Nationalismus. Dazu ist aber notwendig, daß eine Erziehung im Geiste der Freiheit und der Toleranz für jede Religion und jede Weltanschauung erfolgt. Privilegierte Konzessionen darf es nicht geben. Das Prinzip der Gemeinschaft ist der tragende Grundsatz für die Erziehung der Kinder.

Der neue Bundestag ist ein weiterer Schritt zur deutschen Selbständigkeit. Der erste Schritt ist durch die Sozialdemokratische Partei erfolgt, als sie alle Versuche der Alliierten und der Christlichen Demokraten ablehnte, die Deutschland hätten auflösen, in einen 3. Rheinbund verwandeln und lebensunfähig hätten machen müssen. Mit einem Programm des sozialen Aufbaus, der Hilfe für alle Schwachen, der Verfügungsgewalt der Menschen über die Wirtschaft, der nationalen Freiheit und der internationalen Zusammenarbeit appelliert die Sozialdemokratische Partei an die Wähler für ein neues Deutschland in einem neuen Europa.

**Konrad Adenauer: Letzter Aufruf zur ersten Bundestagswahl am 14. August 1949**

An diejenigen, die sich noch nicht entschlossen haben, morgen zu wählen, möchte ich in aller Eindringlichkeit einige ernste Worte richten. Sie meinen, die Wahl zum Bundestag ginge sie nichts an oder sie sei nicht so wichtig. Sind Sie sich wirklich der Tragweite solcher Worte bewußt? Sie helfen durch Nichtabgabe Ihrer Stimme zunächst ganz sicher den Feinden jeder Gewissens- und Meinungsfreiheit. Können Sie eine solche

Haltung verantworten? Denken Sie an die kommenden Generationen, für die Sie auch die Verantwortung tragen. Niemand darf am 14. August an der Wahlurne fehlen. Sie werden zu entscheiden haben, ob das Schicksal des Einzelmenschen vom Staat respektiert wird oder ob der Mensch schutzlos der Willkür eines allmächtigen Staates und seiner Bürokratie überantwortet werden soll. In Ihre Hand ist die Entscheidung darüber gelegt, ob die Eltern kraft natürlichen Rechts die Art der Erziehung ihrer Kinder bestimmen oder ob wir die Kinder erneut zu Werkzeugen des Staates werden lassen wollen. Die sozialdemokratische Fraktion des Parlamentarischen Rates hat die Aufnahme eines Artikels, die den Schutz der Ehe und der Familie bezweckt, abgelehnt. Ihre Vertreter haben nach dem amtlichen Protokoll folgende Begründung für ihren Antrag auf Streichung dieses Artikels gegeben. Frau Dr. Selbert sagte: „Es heißt an den Realitäten des Lebens vorbeigehen, wenn wir nicht klar sehen, daß sich heute außerhalb der Ehe neue Lebensformen bilden, die keineswegs als unmoralisch und nicht zu billigen anzusehen sind. Die Grundsätze der Familie und der Ehe sind vom Leben durchbrochen." Und Herr Dr. Greve, der zweite Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, hat anschließend ausgeführt: „Der Satz: Die Ehe ist die rechtmäßige Form der Lebensgemeinschaft von Mann und Frau, kann niemals geltendes Recht sein. Dasselbe gilt für den zweiten Satz: Sie bildet die Grundlage der Familie." — Ich frage Sie, wollen Sie den Schutz der Ehe und der Familie, dann stimmen Sie richtig bei der morgigen Wahl. Sie haben zu entscheiden, ob in einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft freie Unternehmer-Initiative unter Teilnahme des Arbeiters am Gewinn sich entfaltet oder ob in der sozialisierten Wirtschaft der Staat Preis und Lohn durch seine Bürokratie festsetzt und in der Zwangswirtschaft der Kaufmann zum staatlichen Warenverteiler degradiert wird. Die Stellungnahme der Christlich-Demokratischen Union zu diesem Problem liegt klar. Für unsere Partei war immer die Persönlichkeit, der Einzelmensch, Richtschnur unseres politischen Handelns. Nie die Klasse, nie die Masse. Wer hat denn die Menschen davon erlöst, in Schlangen nach Lebensmitteln oder Bezugscheinen anzustehen? Wer hat sie davon befreit, noch länger das Objekt der Wirtschaftsbürokratie zu sein? Wer hat von Industrie, von Handel und Gewerbe die Fesseln der Zwangswirtschaft genommen? Heute tut die SPD so, als ob die stabile Währung, die Lieferung des Marshallplanes und der milde Winter allein für die Erholung unserer Wirtschaft verantwortlich seien. Nun, England hat eine stabile Währung. Es hatte auch Marshallplan-Lieferungen in viel größerem Ausmaß wie wir. Und einen milden Winter hat es auch gehabt. Heute können wir, nach den Ereignissen der letzten Wochen, von einem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaft in diesem Lande sprechen. Es war der Entschluß der Männer in Frankfurt am Main, mit der Vergangenheit und ihrem Zwang

radikal zu brechen und der Wirtschaft die Freiheit zu geben, die sie braucht.
Und nun noch eins. Wer sein Volk und sein Vaterland liebt, wer es eingegliedert wissen möchte in ein christliches Abendland als ein macht- und kraftvolles Bollwerk einer friedfertigen Menschheit gegen den Ungeist und die Friedlosigkeit des Weltbolschewismus, der verhelfe den Kandidaten der Christlich-Demokratischen Union zum Siege.

Schallplattenseite II

**Ausschnitt aus der Regierungserklärung Adenauers am 20. September 1949**

Meine Damen und meine Herren!
Das Werden des neuen Deutschlands hat sich nach den langen Verhandlungen im Parlamentarischen Rat und den Wahlen zum Bundestag am 14. August mit großer Schnelligkeit vollzogen. Am 7. September hat sich der Bundestag und der Bundesrat konstituiert. Am 12. September hat der Bundestag den Bundespräsidenten gewählt. Am 15. September den Bundeskanzler. Der Bundespräsident hat mich daraufhin am gleichen Tage zum Bundeskanzler ernannt. Heute, am 20. September, hat er auf meinen Vorschlag die Bundesminister ernannt. Mit der Konstituierung der Bundesregierung, die am heutigen Tage erfolgt ist, ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten. Wenn auch die Zuständigkeit des Bundestags und der Bundesregierung durch das Besatzungsstatut beschränkt ist, so darf uns doch diese Entwicklung, die ich Ihnen eben gekennzeichnet habe, dieses Werden des deutschen Kernstaates mit Freude erfüllen. Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen im nationalsozialistischen Reich ist groß. Zwar müssen wir uns immer bewußt sein, daß Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, daß es noch nicht gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht, daß es, und das ist besonders schmerzlich für uns, in zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch einer wenigstens relativen staatlichen Freiheit. Unsere Wirtschaft ist im Aufstieg. Vor allem aber, wir haben wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Niemand kann bei uns, wie das im nationalsozialistischen Reich der Fall war und wie es jetzt noch, zu unserem Bedauern, in weiten Teilen Deutschlands in der Ostzone der Fall ist, durch geheime Staatspolizei oder ähnliche Einrichtungen der Freiheit und des Lebens beraubt werden. Diese Güter, Rechtsschutz, Schutz der persönlichen Freiheit, die wir lange Jahre nicht besaßen, sind so kostbar, daß wir trotz allem, was uns noch fehlt, uns darüber freuen müssen.
Meine Wahl zum Bundeskanzler, meine Damen und Herren, und die Regierungsbildung sind eine logische Konsequenz der politischen Verhältnisse, wie sie sich in der Bizone infolge der Politik des „Frankfurter Wirt-

schaftsrates“ herausgebildet hatten. Die Politik des „Frankfurter Wirtschaftsrates“, die Frage, soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, hat so stark unsere ganzen Verhältnisse beherrscht, daß eine Abkehr von dem Programm der Mehrheit des „Frankfurter Wirtschaftsrates“ unmöglich war. Die Frage, Planwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft, hat im Wahlkampf eine überragende Rolle gespielt. Das deutsche Volk hat mit großer Mehrheit sich gegen die Planwirtschaft ausgesprochen. Eine Koalition zwischen den Parteien, die die Planwirtschaft verworfen, und denjenigen, die sie bejaht haben, würde dem Willen der Mehrheit der Wähler entgegengerichtet gewesen sein.

**Ausschnitt aus der Antwort Schumachers zur Regierungserklärung am 21. September 1949**

Nun, wir sind die Opposition, und was Opposition ist, darüber hat sich eine unglaublich naive Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit erhoben. Die Wertung der Opposition und der Regierung, die vorbehaltlose Überwertung der Regierungsfunktion und die ebenso vorbehaltlose Unterwertung der Oppositionsfunktion stammt aus dem Obrigkeitsstaat. Und die Begriffe des Obrigkeitsstaats scheinen noch in vielen Köpfen — auch in diesem Hause — sehr lebendig zu sein. Eine Opposition ist in ihren Qualitäten nicht dann staatserhaltend, wenn sie eine wohlwollende Beurteilung durch Bundesregierung oder durch ihre Parteien findet. Wir haben eine in Sachen der Besitzverteidigung sehr unsentimentale Regierung. Und es wird die Aufgabe der Opposition sein, bei der Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung ebenso unsentimental zu sein. Der Egoismus liebt es, an die Gemeinschaftsgefühle zu appellieren. Die Regierung und die Opposition werden in ihrer Qualität durch ihre Leistungen bestimmt. Aber, werte Abgeordnete, der Grundsatz gilt für die Opposition, daß die Bundesregierung sich die Mehrheiten für ihre Gesetze aus den Reihen der Regierungsparteien zu schaffen hat. Man kann also Opposition nicht (Verzeihung, Sie hatten die Bemerkung gemacht: „Grundsätzlich gegen alles!“ Ich glaube, darauf antworten zu müssen; ich bin nicht in der Lage, in drei Sätzen alles zu sagen, was ich zu sagen habe.). Man kann (nun, der Kanzler hat 82 Minuten gesprochen, das ist etwas länger als drei Sätze). Man kann also als Opposition nicht die Ersatzpartei für die Regierung sein und die Verantwortung für etwas übernehmen, wofür die Verantwortung zu übernehmen sich manche Regierungsparteien gegebenenfalls scheuen werden. Die Opposition ist ein Bestandteil des Staatslebens und nicht eine zweitrangige Hilfestelle für die Regierung. Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer totalen Herrschaft. Ihre Eindeutigkeit zwingt alle Parteien — die der Opposition wie der Regierung —, ihr innerstes Wesen an ihren Taten zu offenbaren. Es wäre nämlich ein Fehler, weiter den Zustand zu belassen der Wesensunechtheit in der Propaganda der politischen

Parteien. Tatsachen müssen sprechen. Aber ebenso richtig ist, daß die Opposition sich nicht erschöpfen kann in der bloßen Verneinung der Regierungsvorschläge. Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen.

Aus dem Wesen und der Zusammensetzung dieser Regierung besteht die große Gefahr, daß dieser neue Staat ein autoritärer Besitzverteidigungsstaat werden kann. Man hat doch in der Zusammensetzung der Regierung und in den gestern vorgetragenen Tendenzen gesehen, daß die erste Periode von Weimar – wenn Vergleiche erlaubt sind – glatt übersprungen worden ist und wir bereits in einer zweiten Periode der absoluten Restauration mit stark vorweimarischen Zügen sind. Das bringt die Gefahr der Entfremdung der arbeitenden Menschen vom Staat, und das ist eine Gefahr, die wir als Opposition bekämpfen wollen. Wir können den heutigen politischen Machtzustand sich nicht stabilisieren lassen. Es ist die Aufgabe der Opposition, die Dinge im Fluß – im Sinne einer Entwicklungsmöglichkeit zum Demokratischen und Sozialen – zu halten, und manches, was gestern gesprochen worden ist, das hat so den Ton einer Schau nach rückwärts gehabt. Ich möchte eindeutig sagen, daß auch der wohlwollendste Ton der Ermahnung der Jugend und die allmählich etwas abgestandene Bemerkung – daß die Jugend die Zukunft bedeute – der Jugend sehr wenig sagt. Die Jugend wünscht realen Boden, wünscht positive Lebensaussichten durch eine soziale Politik. Und die Jugend wünscht, gleichberechtigt behandelt zu werden.

# INHALT


Vorwort 3
Einleitung 4
Das Wagnis „Demokratie" 1945 8
Entscheidung für den Föderalismus 19
Entscheidung für den Parteienstaat 27
Entscheidung für die Wiederbewaffnung 38
Entscheidung für Europa 50
Entscheidung für die Marktwirtschaft 56
Zum Tondokument 63
Wortlaut der Schallplattenseite I
Ausschnitt aus der Antrittsrede des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss am 12. September 1949 vor der Bundesversammlung 64
Kurt Schumacher: Letzter Aufruf zur ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 65
Konrad Adenauer: Letzter Aufruf zur ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 66
Wortlaut der Schallplattenseite II
Ausschnitt aus der Regierungserklärung Adenauers am 20. September 1949 68
Ausschnitt aus der Antwort Schumachers zur Regierungserklärung am 21. September 1949 69


## BILDÜBERSICHT


Dr. Kurt Schumacher und Dr. Konrad Adenauer im Gespräch 1. Umschlagseite
Abstimmung im 1. Bundestag 1949, geleitet von Bundestagspräsident Dr. Köhler 4. Umschlagseite
Mai 1945 13
Großkundgebung der SPD 1947 14
Deutschland nach der Kapitulation 14
Flüchtlinge 1948 15
Demontage deutscher Industriewerke 1948 15
Ausgabe der neuen Währung 1948 16
Erster Aufschwung nach der Währungsreform 16
Abstimmung über das Grundgesetz 1949 29
Erste Sitzung des Bundesrates 1949 29
Erste Sitzung des Bundestages 1949 30
Vereidigung des ersten Bundespräsidenten 31
Die erste Bundesregierung 32
Die Hohe Kommission der Alliierten 45
Erste deutsche Abordnung im Europarat 45
Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge 46
Jugendkundgebung gegen die Wiederbewaffnung 46
Außenminister Schuman 47
Dr. Adenauer und Foster Dulles in Washington 47
Debatte im Bundestag 1957 48


## LITERATUR (AUSWAHL)


1. **Dokumentationen**
Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Essen / Wien / Frauenfeld, 1945 ff.
Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1948 bis zur Gegenwart, Berlin 1951 ff.

2. **Darstellungen**
Fritz René Allemann: „Bonn ist nicht Weimar", Köln 1956
Paul Noack: „Deutschland von 1945–1960" München 1960
Alfred Grosser: „Die Bonner Demokratie" Düsseldorf 1960
Peter Merkl: „Die Entstehung der Bundesrepublik" Stuttgart 1965
Manfred Rexin: „Die Jahre 1945–1949" Hannover 1962
Gunter Moltmann: „Die Entwicklung Deutschlands von 1949 bis zu den Pariser Verträgen 1955" Hannover 1963
Herbert Lilge: „Deutschland von 1955 bis 1963" Hannover 1965